



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 35.

Berlin, den 25. November 1917.

12. Jahrgang.

## Irrungen und Wirrungen im internationalen Staatsleben.

Berlin, den 19. November 1917.

### Evolutionäre oder revolutionäre Entwicklung?

In Nummer 32 unseres Blattes haben wir dargelegt, wie das Auf- und Niedergang der politischen Tagesereignisse beeinflusst wird von drei Strömungen, die in allen Ländern mit einander um ausschlaggebende Geltung ringen: Der kriegerische Zerschmetterungsimperialismus, der friedliche Verständigungsimperialismus, in dessen Fahrwasser der Regierungssozialismus segelt, und der revolutionäre internationale Sozialismus. In den letzten Wochen hat dieses Ringen an Heftigkeit zugenommen, die Formen und das derzeitige Ergebnis sind allerdings in den verschiedenen Ländern verschieden. Von einem Abschluß kann natürlich nirgends geredet werden, wir stehen vielmehr erst mitten in der Weltkrise, deren militärische, politische und ökonomische Triebkräfte noch ungemindert brodeln und gären. In Frankreich ist ein Ministerium aus Ruder gelangt, an dessen Spitze der giftgeschwollene Kriegswüterich Clemenceau steht, in England läuft das Bürgertum von rechts und von links Sturm gegen den bisher allmächtigen Lloyd George, in Italien hat die militärische Katastrophe den schon zur Siedehitze gesteigerten Gegensatz zwischen Kriegstreibern und Kriegsgegnern wenigstens für einige Zeit etwas gemildert, in Amerika regen sich die politischen Gegner des säbelkrählenden Weltfriedensapostels Wilson und in Rußland führt der revolutionäre Sozialismus einen Kampf auf Tod und Leben mit den militärischen Klopffestern des bankrotten Zarismus auf der einen und den bürgerlichen und halbsozialistischen Gegnern der sozialen Republik auf der andern Seite. In Deutschland aber ist die schleichende Krise mit Zeitungspapier und ein paar Ministerbestellungen überkleistert worden, und in Oesterreich doktriert das Parlament ohnmächtig und unfruchtbar an riesengroßen nationalen und sozialen Problemen herum.

Irrungen und Wirrungen also überall, wohin man blickt. Und wenn aus diesem Chaos eine befriedigende und die Zukunft der Völker sicherstellende Liquidierung des Weltkrieges herausführen soll, dann ist es höchste Zeit, daß das internationale Proletariat aus seiner Lähmung erwacht und unbeeinflusst durch nationale Sonderinteressen und bürgfriedliche Rücksichten auf dem Wege vorstößt, den ihm seine sozialistischen und demokratischen Pflichten vorschreiben. Wenn jemals, so hat jetzt für das internationale Proletariat das Goethe-Wort Geltung: Wer fest im Sinne beharrt, der bildet sich die Welt!

Bei unseren deutschen Regierungssozialisten ist von dem festen Willen, eine in der Auflösung begriffene Welt in entschieden sozialistischem Sinne neu zu bilden, nichts zu spüren. Anstatt die Scharen des Proletariats, das durch den ökonomischen Zermürbungsprozeß des Krieges an Zahl gewaltig zugenommen hat, zusammenzufassen und nach einem selbständigen sozialistischen Feldzugsplan und einer selbständigen sozialistischen Strategie ins Feld zu führen, leisten sie bürgerlichen Parteien Vorspann und bemühen sich, den Karren des kapitalistisch-feudalen Klassenstaates aus dem blutigen Morast zu ziehen. In ihren Organisationen ist in den letzten Tagen Bericht über den Würzburger Parteitag erstattet worden, und der „Vorwärts“ konstatiert Tag für Tag freudestrahlend, daß überall volle Zustimmung zu den Würzburger Beschlüssen ausgesprochen sei. Das Programm der konzeptionslüsternen, nationalsozialen Reformpartei, das nach dem Zeugnis von vielen

Duzyndenten in Würzburg aufgestellt worden ist, hat also durch die Mitgliedschaften Stempel und Unterschrift erhalten. Die Behauptung so manches Mitläufers im regierungsozialistischen Lager, daß es ja doch die „alte“ Partei sei, ist dadurch völlig haltlos geworden, jeder trägt jetzt die volle Verantwortung für die politische Arterienverkalkung dieser „alten“ Partei mit. Es mutet daher reichlich drollig an, wenn man in der Erfurter „Tribüne“ liest, daß der Reichstagsabgeordnete Paul Reichhaus in seinem Bericht über den Würzburger Parteitag gegen unser „Mitteilungsblatt“ polemisiert und behauptet hat, eine Rechtsentwicklung der Partei sei nach Würzburg ganz unmöglich. Der Herr Reichstagsabgeordnete scheint die Urteile über Würzburg in den „Sozialistischen Monatsheften“, der „Glode“ und der verunowten „Neuen Zeit“, von den Stimmen in der regierungsozialistischen Provinzpresse ganz zu schweigen, überhaupt nicht gelesen zu haben.

Falsch ist auch die Behauptung, die Heinrich Schulz in der reformierten „Neuen Zeit“ aufgestellt hat, wir, die Unabhängigen, wollten nichts von der Notwendigkeit einer Revision und selbständigen Weiterbildung der politischen Theorie und Praxis des Sozialismus wissen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Wir haben oft in diesen Blättern darauf hingewiesen, daß die Lehren und Erfahrungen des Weltkrieges das Proletariat vor neue und größere Aufgaben stellt, und daß nicht mehr mit der alten Parteischablone gearbeitet werden darf. Die „Weiterbildung“ auf regierungsozialistischer Seite ist auf ein Harmonisieren und Paktieren mit bürgerlichen Elementen, die mehr oder weniger mit Sozialismus und Demokratie fetterieren, hinausgelaufen, während wir eine entschiedene Linksschwenkung in direkter Richtung auf Sozialismus und proletarische Demokratie verfechten. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir uns nur auf diese allgemeine Andeutung beschränken müssen. Die Entwicklungsgeschichte des internationalen Sozialismus von 1905 bis auf den heutigen Tag gibt unserer Auffassung nur Recht.

Die russische Revolution von 1905 war das erste große Ereignis, das 35 Jahre nach der Pariser Kommune die abgestandene Atmosphäre Europas erschütterte. Das schnelle Entwicklungstempo der russischen Arbeiterklasse und die unerwartete Kraft ihrer konzentrierten revolutionären Tätigkeit übten einen großen Eindruck auf die ganze Kulturwelt aus und gaben überall einen Anstoß zur Verschärfung der politischen Regensätze. In England hat die damalige russische Revolution die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei beschleunigt. In Oesterreich hat sie dank besonderer Umstände zum allgemeinen Wahlrecht geführt. In Frankreich erschien als Echo der russischen Revolution der Syndikalismus, der in unzulänglicher, taktischer und theoretischer Form den erwachten revolutionären Tendenzen des französischen Proletariats Ausdruck verlieh. Endlich zeigte sich der Einfluß der russischen Revolution auf Deutschland in der Stärkung des linken Flügels der Partei, in der Annäherung des sogenannten Parteizentrums an ihn und der Isolierung des Revisionismus. Es erhob sich schärfer die Frage des preussischen Wahlrechts, dieses Schlüssels zu den politischen Positionen des Junktums. Die revolutionäre Methode des politischen Massenstreiks wurde von der Partei wenigstens prinzipiell anerkannt. Doch die äußeren Erschütterungen erwiesen sich als ungenügend, um die Partei auf den Weg der politischen Offensive zu stoßen. In Uebereinstimmung mit der gesamten Parteitradition beschränkte sich das Streben nach energischem poli-

tischen Handelns auf Diskussionen und prinzipielle Resolutionen. Eine weitere Entwicklung erlangte es nicht. Und hier weiter zu entwickeln, das ist, was uns die schmerzhaften Streiche der Weltkatastrophe eingebläut haben. Wir haben nicht, wie soviel andere, „umgelernt“, wohl aber „dazu gelernt“.

In den Jahren 1907 und 1908 folgte der revolutionären Flut überall eine politische Ebbe. In Rußland triumphierte die Gegenrevolution und eröffnete eine Periode des organisatorischen und politischen Zerfalls des russischen Proletariats. In Oesterreich zerriß schnell der Faden der Eroberungen, die Arbeiterversicherung moderte in den Regierungskanzleien, die nationalen Kämpfe erneuerten sich in der Arena des allgemeinen Wahlrechts mit verdoppelter Kraft und führten die Sozialdemokratie zur Zerstückung und Schwächung. In England verband sich die Arbeiterpartei nach ihrer Absonderung vom Liberalismus wieder mit diesem aufs engste. In Frankreich wurden die Syndikalisten in reformistische Positionen gedrängt. In der deutschen Sozialdemokratie erhoben aber die Reformisten wieder ihr Haupt. Die Süddeutschen legten ihr demonstratives Bekenntnis zur Budgetbewilligung ab. Die Anstrengungen des marxistischen linken Flügels, die Partei auf die Bahn einer mehr aktiven Politik herüberzuziehen, blieben erfolglos. Das sogenannte Parteizentrum und mit ihm die Parteileitung näherte sich immer mehr dem rechten Flügel. Der sich nach den Schlägen von 1905 erholende Revisionismus triumphierte auf der ganzen Linie. Aus Mangel an revolutionären Aktionen, wie auch realer reformistischer Möglichkeiten ging die ganze Energie auf ausschließlich organisatorischen Ausbau: neue Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, neue Zeitungen, neue Abonnenten. Gewiß wichtige Faktoren im proletarischen Organisationsleben, aber doch totes Material, wenn sie nicht zu politischer Energie umgekehrt werden. So schuf die Partei, jahrzehntelang zu einer bewußten und planmäßigen Anpassung an die ökonomischen, rechtlichen und staatlichen Formen des nationalen Kapitalismus verurteilt, den Organisationskult als Selbstzweck. Wohl nie hat der Geist organisatorischer Trägheit und der Ueberschätzung eines seiner Natur nach recht kümmerlichen Parlamentarismus in der deutschen Sozialdemokratie so unbedingt geherrscht, wie in den Jahren unmittelbar vor der Weltkatastrophe. Und es kann nicht bestritten werden, daß die Frage der Erhaltung der Organisationen, Kassen, Partei- und Gewerkschaftsgrundstücke, Druckereien usw. bei der Bestimmung der Haltung der Reichstagsfraktion eine gar wichtige Rolle gespielt hat.

Die Weltkatastrophe brach herein und mit ihr die bekannten Vorgänge in der Internationale. Ueberall triumphierte der nationale Reformismus, ganz besonders in Deutschland dank Belagerungszustand, Bürgfrieden und Vorstands-Diktatur. Zu den Reformisten stießen eine Anzahl „Umlerner“, deren Marxismus von der nationalen und bürgerlich-demokratischen Ideologie angefressen wurde. Alle hat jetzt der Würzburger Parteitag trotz mancher Meinungsverschiedenheit zu einer sozialimperialistischen Phalanx vereint. Denn was wollen sie letzten Endes? Sie hoffen die soziale Frage zu lösen auf dem Wege des parlamentarischen Zusammenwirkens der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien, auf dem Wege einer wirtschaftlichen Verständigung mit dem Unternehmertum und dem Staate als direkter und indirekter Arbeitgeber, durch Tarifverträge, Interessengemeinschaften, Konsumvereine usw. Sie erwarten, daß die bestehenden Klassen williger den

Bedürfnissen des Proletariats, das seinen Patriotismus bewiesen hat, entgegenkommen werden. Diese Hoffnung wäre geradezu stumpfsinnig, wenn hinter ihr nicht eine andere, weniger „idealistische“ verborgen wäre, die Hoffnung, daß der Ausgang des Krieges für die Bourgeoisie eine breitere imperialistische Bereicherungsbasis, auf Kosten der Bourgeoisie anderer Länder, schaffen und ihr erlauben wird, einen Teil ihrer Beute mit dem nationalen Proletariat, auf Kosten des Proletariats anderer Länder, zu teilen. Das sind, wenn man alle sozialdemokratische Phrasologie und alle schönen Worte über Verständigungsfrieden usw. losläßt und den wirklichen Kern feststellt, die „neuen Bahnen“, die man nach Würzburg einschlägt und die den sozialistischen Reformismus tatsächlich zu einem sozialistischen Imperialismus gemacht haben.

Diese Bahnen können wir nicht gehen, am wenigsten angesichts der Flammenzeichen, die in den Novembertagen des Jahres 1917 im Osten emporlodern.

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

Die Auslands-„Prawda“ der Bolschewiki in Stockholm schrieb am 12. November über die Ereignisse in Rußland:

In den Tagen vom 5. bis zum 7. November siegte in Petrograd die revolutionäre Arbeiterklasse und die Garnison; der Petrograder Arbeiter- und Soldatenbelegiertenrat riß die Macht an sich, der allrussische Sowjetkongress, dessen Zusammentritt die Regierung verhindern wollte, fand statt und proklamierte den Übergang der Gewalt an die Sowjets, des Grund und Bodens an die Bauern und die Einleitung der Friedensverhandlungen. Die Garnisonen und Sowjets in ganz Nordrußland und Finnland, wie die baltische Flotte, traten auf seine Seite. Dasselbe fand ganz gewiß in allen Arbeiterzentren statt. Ueber die Lage an der Front und über die Lage in den Dörfern des großen Rußlands fehlen jede zuverlässige Nachrichten. Seit drei Tagen blieben die offiziellen Nachrichten aus Petrograd aus, die privaten Nachrichten aber, die die Presse bringt, stellen eher Kombinationen und Gerüchte, als irgendwie kontrollierbare Tatsachen dar. Trotzdem ist es möglich, sich ein ungefähres Bild von der Situation zu entwerfen, wenn man sich an das bekannte Kräfteverhältnis und ihren Kampf in der letzten Zeit hält.

Der ins Auge springende Fehler bei der Beurteilung der neuen Revolution, die am 7. in Petrograd siegte, ist, daß die europäische Presse diesen Sieg als Putsch, als Staatsstreich behandelt. Dieser Sieg war kein Putsch der bolschewistischen Partei, die irgend welchen günstigen Zusammenfall von Ereignissen ausnützend, sich der Gewalt bemächtigte, um durch eine ungünstige Wendung in den Abgrund geworfen zu werden. Die Kämpfe, die zur Machtergreifung in Petrograd führten, waren ein Resultat der vollsten Ausschließlichkeit, in der sich die Arbeiter und Soldatenmassen, wie das Bauerntum befanden. Weder eine Aussicht auf die Lösung der Bodenfrage, noch die geringste Aussicht, daß die Regierung den Kriegshäuten das Handwerk legt, noch eine Aussicht auf Frieden, das war die Situation, und das trieb die Massen. Man erinnere sich doch, daß seit dem Kornilow-Aufstand und insbesondere seit der demokratischen Konferenz und ihrem Plakato in voller Öffentlichkeit, ohne irgendwelche Hüllen, der Kampf um die Gewalt von den größten Sowjets Rußlands angekündigt worden ist, daß offen Vorbereitungen getroffen waren. Ein Putsch wird in den unterirdischen Gängen der Verschwörung vorbereitet, eine Massenrevolution kann nicht durch Hinterlistigkeiten in Szene gesetzt werden und die Petrograder Revolution hat das nicht getan.

Und wie das Petrograder Proletariat und die Petrograder Garnison offen und am hellen Tage zum Kampfe anrückte, so liegen auch offen auf der Hand ihre Aussichten und die ihr drohenden Gefahren. Sie ist die Revolution der Arbeiterklasse, die in sieben Monaten der bisherigen Revolutionsentwicklung jedes Vertrauen zur Bourgeoisie verloren hat. Dies war die Stimmung nicht nur der Petrograder Arbeiter, sondern der Überwältigenden Mehrheit der Arbeiter in ganz Rußland. Die Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre, die gegen diese Stimmung ankämpften, die das Bündnis mit der Bourgeoisie aufrecht erhalten wollten, haben in den letzten Monaten in der Arbeiterklasse vollkommen den Boden verloren. Und so kann man sicher sein, daß der siegreiche Aufstand in Petrograd überall die Arbeiter zu den Waffen rufen wird.

Die Revolution in Petrograd war eine Soldatenrevolution. Würde Kerenski sich auch nur

auf einen Teil der Armee stützen können, er würde nicht Petrograd, das Zentrum der Autorität und der Macht verlassen haben. Die Petrograder Garnison ging zu den Bolschewiki über, weil sie jedes Vertrauen verloren hatte, als könnte die Regierung den Frieden vorbereiten oder den Kampf organisieren. Die Stimmung in der Front ist ganz gewiß in überwiegender Weise dieselbe wie in Petrograd. Die Soldatenmasse will den Frieden in viel höherem Maße, als es die Bolschewiki tun, die als politische revolutionäre Partei nicht jeden Frieden unterzeichnen können.

Dem Petrograder Aufstand ging eine Welle der Bauernbewegungen voraus, die von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Presse als wilde Progrome dargestellt worden sind, die aber in ihrem sozialen Kern den Aufstand des Bauerntums gegen die Junker und die sie stützende Regierung darstellt. Diese Aufstände, die mit Waffengewalt unterdrückt worden sind, bedeuten den faktischen Bruch der Bauern mit der Regierung. Sie gaben die Möglichkeit der Verbindung des Proletariats mit den Schichten des besitzlosen und armen Bauerntums. Die Armee bildet als Organisation, die linken Sozial-Revolutionäre als Partei die Verbindung zwischen den bolschewistischen Proletariern und dem revoltierenden Bauerntum. Das sind die Kräfte der Revolution und auf sie stützen sich ihre Aussichten.

Gegen sie stehen die Junker, die Kapitalisten, die Bürokratie und die bürgerliche Intelligenz bis zu den Kreisen der rechten Menschewiki und der rechten Sozialisten-Revolutionäre. Die Annahme, als könnten sie sich stillschweigend einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung unterwerfen, ist völlig grundlos. Es war von vornherein klar, daß sie alles aufbieten werden, um die Arbeiterregierung zu stürzen. Die Frage war nur, wann, wie und wo sie an die Arbeit gehen würden. Ihre Aussichten, an der Spitze eines Teiles der Frontarmee gegen die Bolschewiki zu marschieren und sie niederzuwerfen, halten wir für gering, obwohl das letzte Ausbleiben der Nachrichten aus Petrograd den Schluß zuläßt, daß schon Kämpfe zwischen den revolutionären und konterrevolutionären Truppen entbrannt sind. Wohl steht auf der Seite der Konterrevolutionäre die Generalität und das Offizierskorps mit ihrer strategischen und taktischen Routine. Auf der Seite der Bolschewiki nur eine kleine Anzahl junger Offiziere. Aber der Generalität fehlt jede, die Massen anfeuernde Lösung, sie ist von ihnen getrennt durch den plebejischen Haß und das Mißtrauen der Unterdrückten zu den Unterdrückern. Ein Aufstand der Generalität an der Spitze eines Teiles der Armee gegen die Regierung des Friedens wird kaum imstande sein, der Arbeiterrevolution ein Ende zu bereiten.

Größer ist die Gefahr, die vom Südosten droht. Die Kosaken werden unter der Leitung des Generals Kaledin versuchen, das Kohlen- und Erzgebiet von Doniek abzuschneiden, die Bahnverbindungen und somit die Lebensmittelzufuhr zu stören. Sie tun es. Nicht nur, weil sie von jeder die Hunde der Reaktion sind, sondern aus sozialen Gründen. Die Kosaken sind in ihrer Mehrheit reiche Bauern, sie bilden in ihren Gebieten eine Minderheit der zugewanderten Bevölkerung der Kleinbauern gegenüber, denen sie jede Rechte absprechen. Sie fürchten, es könnte bei der Agrarreform ein Teil ihres Besitzes diesen armen Bauern zugesprochen werden. Aber damit ist auch gesagt, daß die Kosaken auf ihrem Territorium nicht frei handeln können. Indem sie gegen die Arbeiterrevolution die Waffen erheben, setzen sie gegen sich an Ort und Stelle die ihr verwandten sozialen Kräfte in Bewegung.

Das Großkapital wird die Arbeiterrevolution mit Stoßhieben auf den Wagen zu treffen suchen, indem es die Fabriken schließt. Die Arbeiterregierung wird vor eine ungeheure Aufgabe gestellt, die Produktion in Gang zu bringen und zu erhalten. Die bürgerlichen Intellektuellen werden sie dabei nicht unterstützen. Ja, die angeblich sozialistischen, opportunistischen Intellektuellen, die bisher angaben, es trenne sie von den Bolschewiki nur der Weg, nicht aber das Ziel, sie werden nach aller Voraussicht der Arbeiterregierung Steine in den Weg wälzen. Sie, die sie sieben Monate lang Hand in Hand mit der Bourgeoisie gingen und sich gegen die Bildung einer proletarisch-bäuerlichen Regierung wandten, sie haben auch in dem Moment ihres Bankrotts, des Ausbruchs der Arbeiterrevolution, sich mit der vollzogenen Tatsache nicht ausgeöhnt. Sie haben nicht gesagt: auf oder schlecht, es ist meine Klasse, sondern sie haben ihr das Mißtrauensvotum ausgedrückt. Soweit es sich um ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse handelt, hat diese Stellung der rechten Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre keine Bedeutung. Von Bedeutung ist nur, daß somit das technische Geschicht der Ar-

beiterklasse nicht zur Verfügung stehen wird. Das Verhalten der sogenannten Menschewiki-Internationalisten ist ohne jede Bedeutung.

Ungeheuer sind die Gefahren, die die Arbeiterrevolution bedrohen, ungeheuer die Schwierigkeiten, der sie Herr werden soll. Inmitten eines agrarischen Landes, eine junge Arbeiterklasse, ohne die administrativen Fähigkeiten, die nur eine langjährige organisatorische Arbeit geben kann, sucht sie mit bewaffneter Hand einer Welt von Feinden das Land strittig zu machen, dem Gescheide in die Bügel zu fallen. Sie sucht den Kapitalisten in Rußland das Geseh zu diktieren, während überall die Arbeiterklasse in slavischer Passivität alle Greuel des kapitalistischen Regimes über sich ergehen läßt. Aber trotzdem wäre es lächerlich, den Sieg der Konterrevolution nahen zu sehen. Die russische Arbeiterklasse hat eine revolutionäre Energie, wie sie das Proletariat in keinem Lande bisher entfaltet hat. Die Passivität der Arbeiterklasse in Europa wird durch den heroischen Kampf des russischen Proletariats erschüttert, und was das wichtigste ist, die Konterrevolution kann zwar momentan siegen, aber sie ist nicht imstande, den Massen irgendwas zu geben. Wenn eine siegreiche Arbeiterrevolution an Brotmangel scheitern könnte, so muß auch die Konterrevolution an ihm scheitern. Eine kapitalistische Negierung, in deren Hände der ganze Staatsmechanismus versagt, die gegen sich die Bauern, die Arbeiter und die Soldaten hat, sie kann sich nicht halten und darum kann sie überhaupt nicht siegen.

Die Frage steht so: Siegen die Bolschewiki, dann werden sie versuchen, durch eine eiserne Diktatur der Arbeiter und Bauern das Loß der Massen zu erleichtern, alle ihre Kräfte in demokratische Organisationen zusammenzufassen, sie werden versuchen, zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen. Siegt momentan die Konterrevolution, so wird sie gegen sich das ganze Land haben, sie wird nicht verhindern können, daß es sich in ein Flammenmeer verwandelt, daß die Armee von der Front zurückflutet, daß sie alle Kulturzentren zerstampft und vernichtet.

Die deutsche imperialistische Presse mit dem Grafen Reventlow an der Spitze erklärt, die deutsche Regierung könne mit Schmunzeln zusehen, die Zeit arbeite in Rußland für Deutschland. Wir haben nichts zu verhehlen. Wir gestehen ohne weiteres zu, daß der Sieg der Konterrevolution in Rußland der deutschen Regierung sehr zu stratten kommen könnte. Er würde sie der Notwendigkeit entheben, mit den Jakobinern des Proletariats über den Frieden zu verhandeln. Aber ob das deutsche Proletariat, ob das europäische Proletariat dem verzweifeltsten Ringen seiner russischen Klassengenossen nur sympathisch zusehen kann, darauf sollen sich die Führer dieses Proletariats selbst die Antwort geben. Die Zeit, wo man sie überreden und überzeugen konnte, ist vorüber. Die Würfel sind gefallen. Die bolschewistische Partei wird stolz die Verantwortung tragen dafür, daß sie es unternommen hat, eine Welt, die aus den Fugen geht, durch mutige Tat einzurenken. Die anderen werden es schwerer zu verantworten haben, wenn sie nicht jetzt in der zwölften Stunde der in Rußland kämpfenden Avantgarde zu Hilfe eilen. Mit der Tat, nicht mit Worten. Von Osten tönt Waffengeklirr, von Osten ertönen Rufe um Hilfe, es eilt, sich zu entscheiden.

Soweit die Darstellung der Stockholmer „Prawda“. Nähere zuverlässige Nachrichten aus Rußland liegen bis zur Stunde seit dem 9. November trotz der Hochflut von Sensations- und Tendenz-Meldungen nicht vor. Als sicher kann angenommen werden, daß der Kampf noch nicht entschieden ist. Wäre Kerenski Sieger, hätte er auch die Petersburger Telegraphen-Agentur wieder in der Hand und würde seinen Erfolg in die Welt depechiert haben. Die Bolschewiki aber werden das amtliche Telegraphen-Büro erst dann in Tätigkeit setzen wollen, wenn die Lage tatsächlich zu ihren Gunsten geklärt ist. Wahrscheinlich ist, daß bei Gatschina, Barskloje Selo usw. erbitterte Kämpfe stattgefunden haben, wahrscheinlich ist auch, daß der Kosakenführer Kaledin Herr des Doniek-Gebietes ist und damit, wie oben gesagt wurde, der Sache der Bolschewiki sehr schaden kann. Ganz verworren sind die Nachrichten über das Verhalten der gemäßigten Sozialisten. Es ist möglich, daß sie Vermittlungsversuche gemacht haben und die Einsetzung eines sogenannten Wohlfahrtsausschusses sowie die Bildung eines Ministeriums, das aus Vertretern aller sozialistischen Richtungen bestehen sollte, versucht haben. Da diese Zeilen sechs Tage früher geschrieben werden müssen, bevor sie vor die Augen der Leser kommen, ist anzunehmen, daß bis dahin wenigstens einigermaßen eine Klärung der Lage erfolgt ist.

Inzwischen hat sich auch Finnland zur sozialen Republik erklärt. Die finnischen Sozialdemokraten

haben nach dem Vorbilde der Bolschewiki mit allen bürgerlichen Parteien gebrochen und sich der ganzen Regierungsgewalt bemächtigt, wobei sie wahrscheinlich von einem Teile der in Finnland stehenden russischen Truppen unterstützt worden sind. Eingeleitet wurde die sozialdemokratische Aktion durch einen politischen Massenstreik. Die Umwandlung Finnlands in eine soziale Republik liegt ganz in Richtung der bolschewistischen Anschauungen, nach denen das künftige Rußland aus einem Bunde selbständig verwalteter nationaler Republiken bestehen soll.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs hat an den Kongreß der Sowjets nach dem „Vorwärts“ folgendes Telegramm gelangen lassen:

„Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßt es, daß die russische Demokratie zur Macht gelangt ist. Sie erklärt sich völlig einverstanden mit Eurem Vorschlag auf Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Die Arbeiter Wiens haben Sonntag in einer Massendemonstration Eure Friedensaktion begrüßt und sofortigen Waffenstillstand gefordert. Parlamentarische Aktion wird folgen. Das österreichische Proletariat führt sich Euch untrennbar verknüpft im Kampf um den baldigen demokratischen Frieden. Hoch die Internationale!“

In ähnlichem Sinne ist auch eine Kundgebung der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie über Stockholm nach Petersburg gesandt worden.

In bezug auf die Friedenskundgebung des Sowjet-Kongresses sucht der „Vorwärts“ den Eindruck zu erwecken, als ob im regierungsozialistischen Lager völlige „Solidarität mit den russischen Genossen“ herrsche. Hier zwei Beispiele, wie es um diese „Solidarität“ bestellt ist. Der „Volkswille“ in Hannover schrieb zu dem russischen Friedensmanifest:

„Sodann aber möchten wir vor der besonderen Funktion warnen, daß selbst ein Friede mit Rußland schon den Frieden überhaupt bedeuten würde. Es ist nach der ganzen Entwicklung der englischen Politik und nach ihren Absichten auf die politische Zerstückelung und ökonomische Unterdrückung Deutschlands nicht zu denken, daß England auch nur den kontinentalen Krieg aufgibt, wenn Rußland sich vom Kriege zurückzieht. Die Entscheidung dieses Krieges fällt nicht im Osten, sondern im Westen, und sie fällt nach der brutalen Art, wie die Entente bisher jedes deutsche Friedensangebot abgelehnt hat, und bei all den Hoffnungen, die die Verbündeten der Entente noch immer auf innere Zwistigkeiten und wirtschaftliche Nöte in Deutschland setzt, nicht durch ein Entgegenkommen der Entente an den Friedensgedanken, sondern — so schmerzlich das auch angesichts eines weiteren Völkermordens sein muß — ausschließlich durch die Macht der Waffen. Diese Entscheidung der Waffen kann aber, wie sich die Dinge in diesem Weltkrieg entwickelt haben, nur im Westen fallen, und man darf die größte Zuversicht haben, daß sie wie im Osten und nunmehr auch im Süden, so schließlich auch im Westen durch einen umfassenden Sieg der deutschen Waffen herbeigeführt werden wird. . . .“

Um Irrtümern vorzubeugen: Das ist nicht etwa der „Deutschen Tageszeitung“ entnommen, sondern steht in einer angeblich sozialdemokratischen Zeitung. Die hier angeführten Sätze zeigen auch, was von dem regierungsozialistischen Verede von einem Verständigungsfrieden zu halten ist.

Und im „Hamburger Echo“ polemisiert Herr Paul Vensch unter dem Titel: „Vaubrecher des Friedens“ gegen die kleinmütigen und unmilitärischen Kreise, die von einem anderen, unblutigeren Mittel zum Frieden träumen — als das Schwert. So zieht Vensch zunächst gegen die Meinung zu Felde, daß die Fortsetzung des blutigen Völkerringens keinen baldigen Frieden bringe. Feste druff! Das ist dagegen seine Losung, denn:

„Wir können uns kein sicheres Mittel denken, die eigene Widerstandskraft zu schwächen, als diese hier gepredigte Angst vor den eigenen Erfolgen, und der sogenannte tragische Konflikt besteht lediglich in der Einbildung. Was uns bisher gerettet hat, sind lediglich unsere militärischen Erfolge gewesen.“

Nach Vensch soll sich ein „Verständigungsfrieden“ auf der Gewalt des Stärkeren aufbauen. Und so sagt er von den Ereignissen auf den Schlachtfeldern und ihrer Friedenswirkung:

„Sie treffen die Hauptbasis des feindlichen Widerstandes und machen den Volksmassen der uns feindlichen Länder klar, daß sie keine Aussicht haben, durch Ausschöpfung des Krieges zu gewinnen, daß sie dabei vielmehr selber ein Opfer des Hungers werden. Deshalb begrüßen wir die Erfolge der deutschen Waffen und erblicken in ihnen wesentliche Mittel zur Herbeiführung des Verständigungsfriedens.“

Man fragt sich interessiert, wo bleiben und was wollen dann noch die angeblichen Friedensaktionen der Regierungsozialisten, deren geheimnisvolle Wege und Ziele Herr Vensch doch eigentlich genauer kennen muß als wir. Seine Brüder und Parteigenossen müssen sich von ihm andonnern lassen, daß das alles

vürliches Beginnen ist, was sie zur Förderung der erweichenden Massen vorgeben, daheim an praktischer Arbeit für den Frieden zu tun.

## Wochenschau.

Vom 14. bis 19. November 1917.

**Kriegsereignisse:** An der Westfront hat die Ungunst der Novemberwitterung in den letzten Tagen Kampfhandlungen größeren Stils verhindert. Nur die Artillerieschlacht hat nicht ausgelegt und ist von den üblichen Stoßtrupp- und Patronillengefechten begleitet worden. — An der Südfront versuchten einzelne Teile der auseinandergerissenen italienischen Armee Widerstand, können aber das Vordringen der deutschen und österreichischen Truppen weder in den Bergen noch in der venezianischen Ebene aufhalten. Die militärische Hilfsaktion der Engländer und Franzosen hat sich noch nicht bemerkbar gemacht. — Auf dem mesopotamischen und syrischen Kriegsschauplatz ist es in der letzten Zeit lebhafter zugegangen, zuverlässige Nachrichten über den Stand der Dinge liegen aber nicht vor. — In einem kurzen Seegefecht ist es in der Helgoländer Bucht zwischen deutschen und englischen Seestreitkräften gekommen.

**Ausland:** Die letzte Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner der Entente-Regierungen hat recht eigenartige politische Folgen gehabt. Es wurde auf ihr ein „Oberster Kriegsrat“ beschlossen, der aus den Ministerpräsidenten und einzelnen Politikern und hohen Militärs der einzelnen Länder bestehen sollte. Der oberste Kriegsrat sollte monatlich mindestens einmal zusammentreten und einheitliche militärische und politische Aktionen vorbereiten. Daneben sollte in Versailles ein ständiger gemeinsamer Generalstab von Offizieren aller Ententestaaten gebildet werden, der die Gesamtkriegslage beobachten und das Zusammenarbeiten der Ententeheere ermöglichen sollte. In Frankreich, Italien usw. ist dieser Plan aber nicht sonderlich günstig aufgenommen worden, da man befürchtete, daß die einzelnen Regierungen in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt würden. Und da Lloyd George zur Begründung des Planes in Paris eine Rede gehalten hat, in der er die bisherigen Mißerfolge der Entente stark unterstrich, hat er sich in England den Born der hohen Militärs und der hinter diesen stehenden konservativen Kreise zugezogen. Da sein diktatorisches Auftreten den Liberalen aber schon lange gegen den Strich geht, so laufen auch diese gegen ihn Sturm und der von Lloyd George seinerzeit gestürzte Asquith scheint die Stunde der Abrechnung für gekommen zu halten. Es ist also nicht unmöglich, daß die Herrlichkeit Lloyd Georges als Ministerpräsident nicht mehr lange währen wird. — Vorläufig sucht die Regierung Lloyd Georges noch der Friedensbewegung durch Zensur und andere Maßnahmen Herr zu werden.

In Frankreich ist das Ministerium Painlevé gestürzt worden. Den äußeren Anlaß dazu gab ein Mißtrauensvotum der französischen Kammer, die eine Besprechung verschiedener politischer Standale nicht nach dem Wunsche Painlevés bis zum 30. November vertagen wollte. Diese Vorgänge sind nicht etwa so aufzufassen, als ob im Parlament eine starke Friedensstimmung vorhanden sei, man will vielmehr größere Energie für die Kriegsführung. So konnte denn ein Mann an das Ruder kommen, der bisher als Gegner Poincarés galt und dem jedes frühere Ministerium als zu lau und unfähig erschien. Es ist das Clemenceau, der bereits im Jahre 1906 Ministerpräsident war. Clemenceau ist der Mann einer rückwärtslosen Kriegsführung nach außen und wütender Gegner jeder Friedensbewegung im Inneren, gegen die er jetzt die Kriegsgerichte mobil machen will. Die Sozialisten stehen im schärfsten Gegensatz zum Kabinett Clemenceau, in das sie natürlich keinen Vertreter entsandt haben. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die französischen Regierungsozialisten jetzt energischer für den Frieden eintreten wollen. Sie handeln vielmehr genau nach der Methode der deutschen Venschs und Konforten. Der frühere Munitionsminister Thomas hält mit anderen Bestimmungsgenossen im Lande große Durchhaltereden. In einer solchen sagte er: „Meine Zuhörer kennen die jüngsten Ereignisse in Rußland, wo der deutsche Vormarsch die letzte Verbindungslinie mit Europa bedroht, und auch der Umschwung der militärischen Lage in Italien ist ihnen bekannt. Aber die Gründe unseres Vertrauens bleiben fortbestehen: es sind die Rüstungen der Vereinigten Staaten, deren Armeen an der Seite der unsrigen Platz zu nehmen sich anschicken und deren Luftstreitkräfte eine Waffe großartigen Stils zu sein versprechen.“ So soll also durch die Hoffnung auf die dank amerikanischer Hilfe erzielten Waffenerfolge der Kriegswillen des

französischen Volkes im vierten Kriegsjahr aufgepeitscht werden. Damit hat der Regierungsozialismus haben wie drüben seine Abneigung und seine Unfähigkeit zur Herbeiführung eines baldigen Friedens zum soundsoviellsten Male bewiesen.

**Innere Politik:** Der Vorstand der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat an den Präsidenten des Reichstages den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf das Friedensangebot der russischen Regierung, sowie auf die Verhandlungen der deutschen und österreichischen Regierung über Polen, Litauen und Kurland den Reichstag einzuberufen. — So eilig hat es aber die Reichstagsmehrheit nicht. Sie ruht sich auf dem Vorbeeren ihres glänzenden „Siegess“ auf dem Gebiete des parlamentarischen Systems aus. Alle liberalen und regierungsozialistischen Blätter sind voll von Lobeshymnen auf die großen Errungenschaften, während die Staatsmaschinerie genau so weiterarbeitet, wie sie bisher gearbeitet hat und noch genau dieselben Mächte an ihren Hebeln stehen, die während des ganzen Krieges die Maschinerie in ihrer Gewalt gehabt haben. Und daran wird sich nichts ändern, ob nun ein politischer Kommissar v. Payer oder ein anderer Friedberg heißt. Das werktätige Volk mag selbst nachprüfen, ob sich in bezug auf seine rechtliche Stellung wie auf seine Lebenshaltung irgend etwas zum Besseren geändert hat.

So ist jetzt die regierungsozialistische Presse voll von berechtigten Klagen über die mehr und mehr in Erscheinung tretenden Unzulänglichkeiten der Nahrungsmittelversorgung im vierten Kriegswinter. Wir wissen, daß die Hauptwurzel aller Uebel im Kriege selbst zu suchen ist, und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen ergeben sich ganz von selbst. Wie man im Lager der Regierungsozialisten zu dieser Frage steht, das erhellt aus den an anderer Stelle angeführten Zitaten aus dem „Hamburger Echo“ und dem hannoverschen „Volkswille“. Aber man schlägt gerade in der Lebensmittelfrage starke Töne an, weil das das einzige Gebiet ist, wo man noch als berufener Anwalt des arbeitenden Volkes postieren kann. Aber wo bleibt dann da der vielgerühmte „Einfluß“ der Regierungsozialisten? Sieht nicht gerade im Kriegsernährungsamt ein Sozialdemokrat? Ist der Unterstaatssekretär Genosse Dr. August Müller, wie ihn die „Sozialistischen Monatshefte“ stolz als einen der ihrigen nennen, so macht- und kraftlos, daß er den Wünschen seiner regierungsozialistischen Vufenfreunde nicht Gehör und Verwirklichung verschaffen kann? Ja, er ist es. Denn in Wirklichkeit ist er nur ein Bürokrat unter Bürokraten und daneben ein Dekorationsstück, das der Arbeiterschaft den Einfluß der Sozialdemokratie vortäuschen soll. Werden die Arbeitermassen endlich diese Halbheiten und Widersprüche der regierungsozialistischen Politik begreifen?

Ein ähnliches Schlaglicht auf den vielgerühmten regierungsozialistischen „Einfluß“ wirft die Nachricht, daß der Leiter des Reichsarbeitsamtes, Unterstaatssekretär Dr. Schwander — auch eine Errungenschaft des sogenannten parlamentarischen Systems — sein Amt „aus Gesundheitsrücksichten“ verlassen will, ehe er darin warm geworden ist. Die Gesundheit des Herrn Dr. Schwander ist immerhin noch nicht soweit herunter, daß er nicht sein früheres Amt als Oberbürgermeister von Straßburg wieder übernehmen könnte. In Wirklichkeit soll Herr Dr. Schwander mehr sozialpolitische Pläne gehabt haben, als den tauschelnd herrschenden Gewalten in den Kram packte. Er stößt auf Widerstände, die stärker sind als er, und darum will er gehen. Er war aber die Hoffnung der Gewerkschaftsführer usw., die seinen Amtsantritt mit als ihr Verdienst hingestellt und der Arbeiterschaft herrliche sozialpolitische Zeiten versprochen haben. Durch Dr. Schwanders Abgang wurde der „Einsing“ der selbstbewußten Herren genau so illustriert wie durch den Abgang ihres geliebten Generals Gröner aus dem Kriegsamt.

Der Reichstag wird also erst am 20. November zusammentreten und eine neue Kriegskreditforderung von 15 Milliarden vorgelegt erhalten. Was von der nächsten Tagung des Reichstages zu erwarten ist, das läßt folgende Auslassung der „Allg. Ztg.“ ahnen:

„Der von Hindenburg angestrebte neue Burgfriede soll — und das ist gewissermaßen die Gegenleistung der Parteien an die Regierung — nunmehr zur Tat werden. In diesem Sinne ist auch bereits zwischen Regierung und Parteien eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß bei Zusammentritt des Reichstages große außen- und innenpolitische Auseinandersetzungen vermieden werden, daß die Parteien sich vielmehr damit begnügen, in kurzen Erklärungen ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Reichstagslangiers zum Ausdruck zu bringen, und daß alsdann

mit möglichster Beschleunigung die Annahme der Kreditvorlage ohne besondere Debatte erfolgen soll. Die ersten Tage der Reichstagsverhandlungen sollen nach dem Wunsch der Parteien und der Regierung das Bild großer nationaler Geschlossenheit gegenüber dem Auslande und dem Inlande geben. Außerhalb des vereinbarten Programms sollen alle weiteren Wünsche der Sozialdemokraten und anderer Parteien bis nach dem Kriege zurückgestellt werden."

Das preußische Abgeordnetenhaus hat u. a. die Dissidentenfrage behandelt. Ein Antrag Friedberg wollte die Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht befreien. Daraus entstand dann ein klägliches Kommissionsantrag, an dem auch ein Konrad Häntsch mitgewirkt hat, nachdem nur Befreiung vom Katechismusunterricht zulässig sein sollte. Zentrum und Konservative haben dann noch andere Anträge eingebracht, die an dem alten System des Gewissenszwanges natürlich nichts ändern würden. Genosse Adolf Hoffmann hat den orthodoxen und liberalen Glaubenswächtern beider Konfessionen tüchtig die Wahrheit gezeugt; aber auch auf dem Gebiete der Gewissensfreiheit und Weltanschauung werden nach dem Kriege die Massen das entscheidende Wort zu sagen haben. — Die Wahlrechtsvorlage liegt noch immer in den Regierungsbüros.

Von den drei Repräsentanten des sogenannten parlamentarischen Systems entwirft der bürgerliche Demokrat Herr v. Gerlach, ein guter Kenner der politischen Dinge und Personen, folgendes Charakterbild:

„Graf Hertling ist ein alter erfahrener Herr, der politisch sehr weit rechts steht. In Bayern hat er zum Wohlgefallen des rechten Flügels des Zentrums regiert. Von irgendwelchem Reformeifer hat er selbst in jüngeren Jahren keine Proben abgelegt. In seiner politischen Grundstimmung ist er mit Herrn Michaelis nahe verwandt, nur daß er ihm um das Stück Weltflugheit überlegen ist, um das die katholische Kirche ihrer evangelischen Schwester voraus zu sein pflegt.“

Herr v. Payer ist ein alter Herr, der in jüngeren Jahren Demokrat war. Seitdem er sich in der Blockzeit mit den Konservativen verbündete und mit Feuererfer beim Vereinsgesetz den Verzicht der demokratischen Grundforderung vom Recht auf die Muttersprache vertrat, ist von demokratischer Politik bei ihm nichts mehr zutage getreten. In einer der letzten Sitzungen des Zentralausschusses seiner Partei zeichnete er sich durch die Schärfe aus, mit der er gegen den kleinen pazifistischen Flügel der Fortschrittler Stellung nahm. Charakteristisch für ihn war außerdem die Verleugnung der parlamentarischen Immunität zu ungunsten Liebknechts.

Herr Friedberg ist ein alter Herr, der sich besonders dadurch hervorgetan hat, daß er seine nationalliberale Fraktion im Abgeordnetenhaus immer wacker für das Pluralwahlrecht und gegen das Reichstagswahlrecht hat kämpfen lassen. Mit Wohlbehagen reproduzierte die „Kreuzzeitung“ erst dieser Tage die Rede, die er Anfang Oktober auf dem nationalliberalen Vertretertage in Hannover gegen eine rasche preußische Wahlreform gehalten hat. Bei welcher Gelegenheit er erklärte, die „vollständige Demokratisierung“ des Wahlrechts bedeute den „teilweisen Ausschluß der besten bürgerlichen Elemente“.

Herr v. Payer, für den sich die Regierungssozialisten ganz besonders ins Zeug gelegt haben, hat übrigens dadurch die Probe auf das parlamentarische System gemacht, daß er aufgehört hat, Parlamentarier zu sein, weil er Mitglied des Bundesrates geworden ist.

### Steuerhinterziehung, Lederpreise und anderes.

Am Landgericht Hof a. S. ging kürzlich ein interessanter Prozeß zu Ende, der weit über die Grenzen Hof's hinaus Interesse erweckt. Angeklagt war der frühere Lederfabrikant, jetzige Privatmann J. Linhardt von Rehau, dem umfangreiche Steuerhinterziehungen zur Last gelegt waren. Er hatte entgegen seinem tatsächlichen Einkommen in den Jahren 1914—1916, für die er 23 000, 34 000 und 561 640 Mark angab, nach der ihm gerichtlicherseits gemachten Aufstellung 75 000, 85 000 und 1 262 663 Mk. Einkommen zu verzeichnen gehabt und dadurch den Steuerfiskus um 67 000 Mk. hintergangen. Davon hat er rund 81 000 Mk. bezahlt, so daß er noch rund 86 000 Mk. zu zahlen gehabt hätte. Zu seiner Verteidigung gab der Mann an, daß die Steuerklärungen bisher immer sein Sohn gemacht habe, bis auf die letzte, und daß er eine kaufmännische Kraft in seinem Betriebe nicht gehabt habe, somit den Bestand und den Reingewinn nicht habe erfassen können. Alle Ausreden halfen ihm nichts, er wurde zu einer Geldstrafe von 240 000 Mk. verurteilt, das ist der 6fache Betrag der hinterzogenen Steuer.

Interessant war vor allem zu erfahren, wie die Preistreiberereien beim Leder vor sich gehen. In der Verhandlung wurde nämlich festgestellt, daß zu Linhardt ein Vertreter der Kriegsledergesellschaft aus München gekommen sei und ihm entgegen dem bis-

herigen Preis von 2 Mk. für das Kilo 7 bis 8 Mark geboten hat. Für dieses Geschäft gab L. als Gegenleistung für Wohltätigkeitszwecke den Betrag von 20 000 Mk., die er auch mit abgezogen hatte.

Zeigt schon dieser Fall die nicht zu verstoßende Preistreibererei, so gibt der folgende die Steuerhinterziehung begünstigende Ratschlag einer Großbank noch mehr zu denken. In der Verhandlung wurde nämlich ein Schreiben vorgelesen, daß der Untersuchungsrichter in der Wohnung des L. beschlagnahmt hatte. — Wir geben dieses Dokument im Wortlaut wieder. Es lautet:

Hof, den 17. 8. 1916.

Bayerische Diskonto- und Wechselbank  
A.-G., Filiale Hof, Direktion.  
Vertraulich!

Wir kommen auf die kürzliche Unterredung zurück, und übersenden Ihnen mitfolgend Löschungsbevollmächtigung über die für uns eingetragene Grundschuld von 100 000 Mk. zur gest. Bedienung. In Ihrem Interesse würden wir Ihnen empfehlen, dieselbe gegenwärtig zum Vollzug im Grundbuch nicht in Vorlage zu bringen, da zu befürchten ist, daß das Rentamt aus dieser Rückzahlung auf Ihre Gewinnzahlen zieht.

gez. Höllerer."

Auch dieser Fall zeigt, wie und mit welcher Hilfe Steuern hinterzogen werden.

### Aus den Gewerkschaften.

Zu dem Zensurakt des Zentralvorstandes des Verbandes der Kürschner, der das Verbandsorgan gewaltsam zu einem Instrument der Durchhaltepolitik machen will, hat die Mitgliedschaft Leipzig bereits Stellung genommen. Sie erklärt sich mit der Schreibweise des gemäßigten Redakteurs, Genossen Kegel, einverstanden und forderte ihn auf, seine Tätigkeit wie bisher fortzusetzen. Sollte der Vorstand auf seinem Vorhaben, ihn unter Zensur zu stellen, beharren, so werde man die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Es ist zu wünschen, daß man überall ganz entschieden für die Unabhängigkeit der Presse eintritt.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 25. November, abends 8 Uhr, findet der vierte Vortrag der Genossin Käthe Dunker statt. Behandelt wird das Thema: „Die Triebkräfte der Entwicklung“.

Mit diesem Vortrage haben die Sonntagsveranstaltungen der Schule für dieses Vierteljahr ihr Ende erreicht.

Der wegen Erkrankung des Genossen Eichhorn am 19. November ausgefallene Montagskursus nimmt am 26. November seinen regelmäßigen Fortgang. Auch der Kursus des Genossen Bernstein erleidet keine Unterbrechung.

### Aus den Organisationen.

3. Wahlkreis. Am Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr, Gemeinsamer Extra-Zahlabend im Gewerkschaftshaus.

Stralau. Am Montag, den 26. November, abends 8½ Uhr, findet bei Franz Schulz, Markgrafendamm 6, der Frauen-Leseabend mit Vortrag statt und erwartet zahlreichen Besuch.

Treptow-Baumshulenkweg. Der Frauen-Leseabend für den Ortsteil Treptow findet am Montag, den 26. November, im Lokal Scholke, Gräbstr. 48, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. Des äußerst wichtigen Vortrages wegen werden die Genossinnen ersucht, alle zu erscheinen.

Cöpenick. Frauenleseabend am Mittwoch, den 28. November, abends 7½ Uhr, im Rest. „Zum Stadtpark“ (Inhaber Georg Schmidt), Ecke Bahnhof- und Friedrichshagenstrasse. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Arthur Gargle. 2. Wahl einer Beisitzerin in den Ortsvorstand. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ersucht Der Vorstand.

Friedrichshagen. Am 26. November findet im Jugendheim Scharnweberstrasse 59, Hof ptr., der Leseabend statt. Tagesordnung: Unsere Lebensmittelerzeugung und Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung zufolge ist es notwendig, daß alle Frauen erscheinen. Gäste willkommen.

Charlottenburg. Frauen-Leseabend Rosenstr. 8. Beginn pünktlich 8½ Uhr. Tagesordnung ist sehr wichtig. Der Abend findet in der Stehbierhalle statt.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 25. Nov., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealpassage, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelminenhoffstr. 43 bei D. Ramp: „Freireligiöse Vor-

lesung.“ — Vorm. 10½ Uhr, Kl. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Wie verewigt sich der Mensch?“ — Nachm. 4 Uhr, Pappel-Allee 15/17, Halle: Totenfeier. Vortragender: Herr Waldek Manasse. — Gäste willkommen.

Herbstkonzert. Um allen Freunden und Gönnern des Gesangsvereins „Männer- und Frauenchor Ost“, die zu dem am 11. November stattgefundenen Herbstkonzert keine Eintrittskarten erhalten konnten, entgegen zu kommen, veranstaltet der Chor am Sonntag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, in der Singakademie eine Wiederholung des Konzerts. Zur Mitwirkung ist das Trio: Professor D. Becker Orgel und Klavier, Frau B. Becker-Samolewska Violine, Kurt Becker Violoncello gewonnen. Eintrittskarten à 0,75 Mk. sind erhältlich bei: B. Kupfer, Petersburgerstr. 66. B. Kahner, Straßmannstrasse 48. B. Schneider, Pufelandsstr. 31, Laden. F. Masche, Kopernikusstr. 1, Laden. M. Wasseuth, Marienburgerstr. 7. M. Staat, Weimstr. 6. K. Beier, Friedrichsfelderstraße und im Büro der Arbeiterbildungsschule, Schicklerstr. 5.

Vereinigung Arbeiterjugend Groß-Berlin. Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, in den Musikfesthallen, Kaiser Wilhelmstr. 31 (unterer Saal). Deiterer Abend. Eintrittskarten à 50 Pfennig zu haben im Jugendsekretariat, Schicklerstr. 5, 2 Tr. Keine Abendkasse.

### Quittung.

2. Kreis. Listen zum Pressefonds. Liste 102  
6,—, 103 2,—, 104 5,—, 105 2,50, 106 1,75, 115 15,50,  
116 5,20, 118 3,60, 123 2,—, 124 3,80, 126 1,50, 128 1,—,  
130 2,—, 135 25,50, 136 7,80, 137 10,50, 139 3,10, 141 1,50,  
142 2,50, 143 4,75, 145 19,—, 146 0,50, 203 1,—, 204 1,50,  
205 4,75, 206 2,80, 207 2,50, 210 6,—, 221 9,—, 222 13,10,  
223 2,25, 226 5,—, 301 35,—, 302 100,— Mk. Summa  
309,70 Mk.

### Sozialdemokratisch. Wahlverein Bankow-Niederschönhausen.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.  
Sonntag, den 2. Dezember 1917, abends 6 Uhr, im Saale des Herrn Rettig, „Schwarzer Adler“, Niederschönhausen, Blankenburgerstr. 4:

### Großer Lichtbilder-Vortrag

mit ca. 90 farbigen Lichtbildern.  
Die Feuergevalten der Erde. Von Otto Roth-Berlin  
Nach dem Vortrage: Geselliges Beisammensein.  
Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.  
Eintritt 0,25 Mk. Der Vorstand.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschanplatz gefallenen Genossen!

#### Wahlverein Treptow-Baumshulenkweg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 29. September unser Genosse, der Tischler

#### Emil Brauer

Beermannstr. 7, Bez. 6,  
im Alter von 36 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

### Nachru.

#### 2. Wahlkreis.

135. Bez., 8. Abt.

Am 11. November verschied an einem Herzeleid, das er sich im Felde zugezogen hat, unser Genosse

#### Julius Saier

Schönleinstr. 22,

im Alter von 41 Jahren. — Der Verstorbene hat jahrelang seinen Posten als Bezirksführer in der opferfreudigsten Weise ausgeführt und der Partei getreu gedient. Ein ehrendes Andenken ist ihm sicher.

#### 3. Wahlkreis.

Ende August verschied unser Mitglied

#### Ludwig Kadke

im Alter von 72 Jahren.

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.

#### Wahlverein Tempelhof.

Am 17. November verstarb an den Folgen eines erlittenen Unfalles unser langjähriges Mitglied, der Steinmeg

#### Karl Hempel.

Wir verkleren in ihm einen der Mitbegründer unseres Vereins und werden seiner gedenken.

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Dienstag, den 4. Dezember 1917, abends 8 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstraße 41:

### Fortsetzung der General-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.

#### Der Vorstand.

R. Junger, O. Schulze, W. Lamm, A. Mirus, B. Müller.

#### Der Aufsichtsrat.

J. A. F. Gütler.

Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

## Auf unsicherem Wege.

Von R. Thorwesten.

Niemand wird leugnen, daß wir dem Parlamentarismus in den letzten Wochen etwas näher gekommen sind, aber wer sich nicht durch Neußerlichkeiten bestechen läßt, wird auch zugeben müssen, daß wir noch ein großes Stück vom Ziel entfernt sind, zumal da wir keinerlei Gewähr für den dauernden Besitz des Erreichten haben.

Nicht etwa, als ob die Argumente richtig wären, mit denen die in ihren heiligen Gefühlen verletzte und in ihren wichtigsten Interessen bedrohte Rechte sich selber Mut zu machen, sucht; es ist lächerlich, es so darzustellen, als ob das hohe Alter und seine physische Schwäche den Grafen Hertling bestimmt hätten, durch Besprechungen mit den Führern der Mehrheitsfraktionen späteren Reibungen vorzubeugen? Die Unsicherheit der errungenen Position hat andere Gründe und einer der wesentlichsten ist in der Weisheit zu suchen, die man zur Herbeiführung des Kanzlerwechsels angewandt hat.

Der Sinn des Parlamentarismus ist die organische Verknüpfung der Regierung mit dem Volke, die Aufhebung des obrigkeitlichen Dualismus. Die Regierung ist nicht etwas in den Völkern schwebendes, dessen Sein oder Nichtsein von mehr oder weniger unkontrollierbaren Einflüssen abhängt, sondern ganz einfach ein vom Volk durch Vermittlung seiner Vertretung geschaffenes Vollzugsorgan, dessen Mitglieder dieser Vertretung angehören. Ihr Entstehen und Vergehen wird durch öffentliche, allgemein erkennbare und verständliche Akte des Parlamentes herbeigeführt, dem gegenüber sie in ihrer Gesamtheit oder auch in ihren einzelnen Gliedern die politische Verantwortung trägt.

Wer sich die Geschichte der letzten Wochen vergegenwärtigt, sieht, wie gegen diesen Grundgedanken bewußt und absichtlich verstoßen worden ist.

Das von der Unabhängigen Sozialdemokratie Dr. Michaelis beantragte Mißtrauensvotum wurde gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt, weil die Bürgerlichen sich scheuten, mit den Antragstellern auch dort zusammenzugehen, wo sie ihnen sachlich recht geben mußten, und weil sie den schlechten Eindruck im Ausland fürchteten.

Dieser Standpunkt war dumm, sentimental und unpolitisch, aber er war immerhin ein Standpunkt. Indessen nun beginnen die Anhänger der „Parlamentarisation“ den schweren Verstoß gegen den Geist des Parlamentarismus, daß sie den Reichstag ruhig nach Hause schicken ließen und sich dann zusammensetzten, um den Kanzler, den sie in offener Sitzung gestürzt hatten, zu stürzen. Die sich so verweigerten, handelten losgelöst vom Parlament und losgelöst von ihren Fraktionen, von denen sie weitgehende Vollmachten sicher nicht besaßen. Es bildete sich eine Art von Konvent, der hinter verschlossenen Türen tagte und Enschlüsse faßte. Dem Absolutismus des Herrschers und der Bürokratie wurde ein Absolutismus einiger mehr oder weniger zufällig zu Ehren gekommener Parlamentarier an die Seite gestellt; und die Heimlichkeit des Kabinetts fand ihre Ergänzung in der durch einige Bulletin durchbrochenen Verschwiegenheit eines Sitzungszimmers.

Freilich gibt es eine Erklärung für diese Heimlichkeit des Verfahrens. Dort, wo eine einzelne Partei nicht stark genug ist, um einem Ministerium als Basis zu dienen, kann sich eine parlamentarische Regierung nur aufbauen auf der Grundlage von Parteien, die in wesentlichen Fragen oder zum mindesten in der alle anderen beherrschenden Tagesfrage einer Meinung sind. Einigkeit bestand unter den Mitgliedern der Mehrheit nur insofern, als man allgemein einen starken, politisch und diplomatisch geschulten Kanzler wünschte und Herrn Dr. Michaelis nicht für einen solchen hielt. Mit einer sich in diesen Grenzen haltenden Gemeinsamkeit der Anschauungen ist aber für den Parlamentarismus wenig gewonnen. Sie kann ebensogut Ausgangspunkt zum Absolutismus wie zur Demokratie sein, und jedenfalls fehlte im vorliegenden Falle die Einmütigkeit, über die von der neuen Regierung zu verfolgende Politik.

Trotz aller Versicherungen des Gegenteils bleiben wir dabei, daß die berühmte Friedensresolution vom 19. Juli, die doch die Grundlage für die Arbeit der Reichstagsmajorität bildete, sich durch alles andere eher als durch Klarheit und Eindeutigkeit auszeichnete und selbst dieser von den an seinem Zustandekommen Beteiligten verschiedenartig interpretierte Beschluß ist neuerdings von einem Teil der Mehrheit ausdrücklich aufgegeben worden. Der Sicherheit halber hat man sich auf die Antwortnote an den Papst zurückgezogen, von der jetzt aber auch nur feststeht, daß sie der Jultresolution in ihrer strengen Auslegung nicht entspricht und die im übrigen den Dreibern und Deutlern ebenfalls allerlei Spielraum gewährt.

Die Unklarheit aber wurde geradezu zum Prinzip erhoben, als die aus Zentrum, Fortschrittlichen und abhängigen Sozialdemokraten bestehende Mehrheit ihre Tore den Nationalliberalen öffnete. Die ziffermäßige Verstärkung bedeutete praktisch eine Schwächung. Die Nationalliberalen fanden die Gelegenheit, für ihre Auffassung vom Parlamentarismus, nach der möglichst viele nationalliberale Abgeordnete Exzellenz werden sollen, erfolgreich zu wirken. Die anderen hatten sich einen Klog ans Bein gebunden, als ob sie von der Angst befallen gewesen wären, ohne dieses Hindernis gar zu schnell vorwärts zu kommen.

Aber die Mehrheit hatte ja ein Programm und Herr v. Hertling hat dieses Programm in der Hauptsache anerkannt! — Dieses Programm besteht zum Teil aus Fiktionen wie der, daß es für den Sinn und Geist der Papstnote nur eine einzige Auslegung gebe,

zum Teil aus leeren Redensarten, wie der nachweislich aussichtslosen Forderung, die politische Zensur zu beseitigen. Das Programm entspricht der Mehrheit, es ist ohne inneren Halt und innerlich unwahr wie diese.

Fast kann es unter solchen Umständen als ein Glück für die Mehrheit angesehen werden, daß Graf Hertling sich gegen eine Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung kränkt, der die Unvereinbarkeit der Bundesrats- und Reichstagsmitgliederschaft ausdrückt. Auf diese Weise werden die unausbleiblichen Konflikte für die Fraktionen, die Mitglieder in die Regierung einziehen, gemildert. Andererseits freilich ist es mit der organischen Verknüpfung zwischen Reichsregierung und Volksvertretung nun noch immer nichts, und wir sind nicht über den schon unter Michaelis erzielten Fortschritt hinausgekommen, daß die Abgeordnetenqualität kein Hindernis der Beförderung zum Staatssekretär sein soll — vorausgesetzt, daß sie abgelegt wird. (Zwischen wird behauptet, daß der Abgeordnete von Bager sein Mandat behalten wolle trotz seiner neuen Würde als Vizkanzler. Die Red.)

Es soll das offenbar, da man sich energisch gegen eine Nachahmung der von den wesentlichen Demokratien befolgten Methoden wehrt, eins der Kennzeichen des original-deutschen Parlamentarismus werden, der eben nur den kleinen Fehler hat, kein Parlamentarismus zu sein. Wenn Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei, auf deren Beteiligung die Scheidemanngruppe einen so besonderen Wert legt, in die Regierung Hertling eintreten, so werden sie zwar von ihrer Fraktion delegiert, aber sie verlieren offiziell mit ihr den Zusammenhang in dem Moment, wo sie die Delegation annehmen. Sie werden sozusagen zur Unterstützung einer anderen Organisation an diese abgegeben, und es ist nur noch Sache der Charakteranlage und des guten Willens, ob und in welchem Umfang sie die jetzigen und zukünftigen Auffassungen ihrer Partei als bindend und maßgebend erachten.

Aber hat man nicht den Kanzler selbst fest in der Hand? Kann man ihn im Notfall nicht ebenso beseitigen, wie Michaelis um die Ecke gebracht worden ist? — Keineswegs so unbedingt. Was den Sturz des lutherischen Gottesmannes so leicht machte, war, daß er sich in den heiligen Schriften weit besser auskannte, als in der Politik. Bei Hertling ist das eine andere Sache. Er ist Politiker und Diplomat. Das würde natürlich ein sehr großer Vorzug sein, wenn er unbedingt auf dem Boden einer fest zusammengefügten Mehrheit stände. Wie die Dinge jetzt liegen, aber ist es eine Gefahr, denn die Bedingungen, zu denen er sich bereit gefunden hat, hindern ihn nicht, zu gegebener Stunde es auch mit einer anderen Majorität zu versuchen, und dann werden die Gruppen, die sich dieser neuen Koalition nicht anschließen können, als die betrübten Vohgerber dastehen. Der linke Flügel der heutigen Mehrheit scheint dafür zunächst auch ein gewisses Verständnis besitzen zu haben, denn er wollte auf den bayerischen Ministerpräsidenten nicht ansetzen. Der etwas plötzliche Umschwung war dann wohl weniger den hehrredenden Erklärungen des Kandidaten als der Angst vor dem Fürsten Bülow zu danken.

Den Sozialdemokraten der Scheidemannschen Obervanz, über deren Verhalten in dieser Krise im übrigen noch dies und das zu sagen sein wird, bot sich dabei die günstige Gelegenheit zu einem Rückzug dar. Sie gaben die Erklärung ab, daß sie der Hertling'schen Regierung mit Wohlwollen gegenüberstünden, aber doch ihre Taten abwarten und einstweilen die Freisinnigen sich die Finger verbrennen lassen wollten. Mit anderen Worten, sie nahmen, nachdem sie sich an der Parlamentarisierung so eifrig beteiligt hatten, zu dem Produkt ihrer Bemühungen eine Stellung ein, die sie auch einer ausgesprochen bürokratischen Regierung gegenüber beziehen konnten. Mit gutem Instinkt haben sie sich so aus dem Gefahrenbereich einigermaßen entfernt. Aber sie verbreiten Verwirrung über den wahren Charakter der neuen Regierung und stellen es so dar, als sei das größte Stück auf dem Wege zur parlamentarischen Demokratie zurückgelegt, während doch nur eine kleine Etappe erreicht worden ist, von der man nicht einmal sagen kann, daß es von ihr aus nur ein Vorwärts zu unserem Ziele gibt.

## Ein Gewährsmann der „Times“.

Von Ed. Bernstein.

Die Londoner „Times“ ist, wie männiglich weiß, das führende Organ der englischen Krieg-bis-zum-Ende-Politiker. Sie gibt den Ton an, in dem die weitverbreitete kleinere Presse dieser Richtung Stimmung macht gegen alle englischen Politiker, welche verdächtig sind, einen Verständigungsfrieden irgendwelcher Art zu begünstigen. Jeder solcher Friede würde nach ihrer Darstellung nur Deutschlands Interessen dienen. Gehe Deutschland unbefiegt und ungebändigt aus dem Krieg hervor, so würde es, nachdem es seine Macht zum Schlimmen so vielfältig dargelegt habe, seinen Einfluß auf die schwächeren Nachbarn nur verstärkt sehen und die Zeit gewinnen, für seine auf diese Weise vorbereiteten Eroberungs- und Herrschaftspläne sich die günstige Gelegenheit auszuwählen.

Für diese Theorie, die im gegnerischen Auslande ohnehin einen sehr großen Kreis von Anhängern zählt und nicht wenige, von Haus aus pazifistisch veranlagte Leute zur Parteinahme für den jetzigen Krieg bewegen hat, führen die „Times“ und Gesinnungsverwandte mit leicht erklärlicher Vorliebe deutsche Politiker und Pressorgane als Zeugen an, sobald deren Äußerungen im vorentwickelten Sinne zu deuten sind. Wie die Stimmen der erklärten Annexionsisten müssen für sie daher auch die Äußerungen jener

Ueberflauen und Ueberweisen Honig sein, die in Deutschland den Verständigungsfrieden, hat als Mittel einer Ausrottung der Kriegsburschen, als Mittel einer nationalitätlichen Staatskunst empfahlen, die das, was sie nicht auf geradem Wege erlangen kann, auf krummen Wegen zu erreichen sucht. Ein Ueberflauer dieser Gattung nun ist Paul Vensin, der weiland radikalste der Radikalen, und so muß es ihm, dem geschworenen Englandfreier, gefallen, daß gerade er von der „Times“ dem englischen Publikum als Gewährsmann für die Richtigkeit ihrer Behauptungen vorgeführt wird.

In der Nummer des Londoner Weltblattes vom 26. Oktober wird in der den Stimmen aus Deutschland gewidmeten Spalte ein Artikel Vensins aus der Nummer der „S. I. o. L. e.“ vom 6. Oktober zitiert, der sich mit der von Mr. Asquith in Leeds zum besten gegebenen Kritik der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes befaßt. Ueberflüssig zu sagen, daß Vensin bei der Kennzeichnung des Geistes seiner Rede die deutschen Offiziere in bezug auf tendenziöse Auslegung weit hinter sich läßt. Das war durch die Natur seines nationalitätlichen Standpunktes vorgezeichnet und soll uns daher hier nicht weiter beschäftigen. Von mehr Interesse sind heute die Stellen seines Artikels, die von der „Times“ mit der Ueberschrift „Ein erstaunliches Geständnis“ in jener Spalte zitiert und dann in einem, ironisch „Verständigungsfrieden“ überschriebenen Leitartikel ausführlich behandelt. In dem ersten Stück heißt es:

„Herr Vensin legt dann ganz offen auseinander, daß ein „Verständigungsfrieden“ den Sieg Deutschlands bilden muß. Er ist ein wertvoller Zeuge. Ein Sozialist, der vor dem Anzuge ein extremer Sozialist war, ist er ein entschiedener Verteidiger der „Friedensresolution“ des Reichstags. Er zollt der päpstlichen Note und dem Herrn von Bülow Beifall und hat starke Worte des Tadels für die Agitation der Alldeutschen. Aber er ist gut genug, die Sache so zu erklären:

„Ebenso wie man Friedrich II. als den Sieger des siebenjährigen Krieges bezeichnet, weil es ihm gelang, gegen eine ungeheure Uebermacht den status quo zu erhalten und Schlesien zu retten, ebenso wird man diesmal die Zentralmächte als die Sieger bezeichnen, wenn es ihnen gelingt, den früheren Umfang ihrer Grenzen sich nicht verkleinern zu lassen, Elsaß-Lothringen, und die Kolonien und Trient und Triest zu behalten und jede Entschädigung der Feinde abzuweisen. Die Konsequenzen, die ein solcher Friede für die englische Welt Herrschaft haben würde, haben wir oft genug auseinandergesetzt. Es wäre für Großbritannien die größte Niederlage seiner Geschichte und der Beginn seines Zerfalls. Gerade weil man das in England sehr gut weiß, ist man dort unentwegt für den Krieg und will nichts von einem Frieden der Verständigung wissen.“

„Deutschland (hat) den Krieg gewonnen, wenn es ihn nicht verliert, England aber (hat) den Krieg verloren, wenn es ihn nicht gewinnt.“

„Vorsabrend“, heißt es in der „Times“ weiter, „legt Vensin dar, daß die Karte, wie dieser Krieg sie zurüchläßt, nicht Endgültiges sein wird, und daß „erst in den kommenden Jahrzehnten sich die wirtschaftlichen und politischen Zerlegungsercheinungen zeigen werden, die dieser Krieg in vielen Ländern gereizt hat“. Dann erst werde „die wahre Zeit der Ernte“ für Deutschland kommen. Der Fehler der Alldeutschen ist nicht der, daß sie zuviel wollen, sondern daß sie „alles in einem Hui“ haben wollen. Herr Vensin verdeutlicht diesen Punkt auf folgende verblüffende Weise:

„Aber hier heißt es wie in der Bibel: trachtet zuerst nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen. Schafft zuerst den Frieden der Verständigung, der Deutschlands politische Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert, dann hat sich Deutschland als so stark erwiesen, daß ihm „solches alles zufallen wird.“

„Aber Herr Vensin bleibt hierbei nicht stehen. Er brandmarkt die Alldeutschen auf der einen Seite und die Minderheitssozialisten auf der anderen Seite, weil jenes Herumrörgeln an der „Einigkeit zwischen Regierung und Parlament“ und an Herrn von Bülow, der in der Reichstagskommission die Einigkeit in „freudigen“ nicht zu sagen feurigen Worten“ gepredigt hat, geeignet sei, den deutschen Plan zu schädigen. Denn es sei klar ersichtlich, daß „je länger man den Krieg hinauszieht, (man) die Stellung des großen Zentralvolkes in Europa“ um so mehr „gefährdet“. Auf der anderen Seite haben Deutschlands Feinde ein Interesse daran, den Krieg zu verlängern, „weil ein Verständigungsfrieden“ für die meisten von ihnen einen „Zusammenbruch bedeutet“. Und Herr Vensin setzt hinzu:

„Man stelle sich nur einmal vor, was für Frankreich, was für Italien ein „Verständigungsfrieden“ heißt. Er ist für beide Länder der vollständigste Ruin, und für die „führenden Staatsminister“ kann es sehr leicht zum Ende an der Vaterne werden. Für Deutschland allein und seine Verbündeten ist er ein Triumph, und nicht umsonst sind sich allein in den Staaten Mitteleuropas Volk, Volksvertretung und Regierung einig in dem Ziel eines Verständigungsfriedens.“

Soweit die Auszüge. Man kann sich nach diesen Proben leicht selbst sagen, welche Rubanwendungen die „Times“ aus ihnen zieht. Ihr ist Vensins Artikel „das einzige Ding, das noch fehlte, die Brutalität des Fehlschlages der (deutschen) Intrigue zu vervollständigen“ — ein „freimütiges und volles Bekenntnis der Gründe, warum Deutschland so eifrig auf den Verständigungsfrieden aus ist“. Er sage zwar ihr, der „Times“, nichts Neues, aber er bestätige aus dem Munde eines „zähmen“ Sozialisten und „in den

Spalten eines Organs der Regierungssozialisten" die Folgerungen, zu denen sie selbst schon gekommen sei, als die Friedensresolution am kräftigsten ausgetrommelt wurde. Der „offenherzige Doktor“, wie die „Times“ Lench nennt, lege dar, daß ein solcher Verständigungsfriede, wie Deutschland ihn befürwortet, „für Großbritannien die größte Niederlage in dessen Geschichte“, mehr noch, „der Anfang von dessen Ruin“ sein würde. Und sehr richtig sehr Lench hinzu, daß sei der Grund, warum die Engländer „nichts von dem Verständigungsfrieden wissen wollen“. Lench schildere die Sachlage wirklich „sehr lichtvoll und sehr klar“. Und auf einen Artikel Dernburgs anspielend, worin dieser fortschrittlich liberale Politiker einige kräftige Worte über die ungeschickten Versuche gewisser Deutscher auf dem Gebiet der niedrigen Ränke in der auswärtigen Politik zum besten gegeben hatte, schließt der Artikel der „Times“ spöttisch: „Herr Dernburg muß von neuem auf den Gedanken kommen, daß, wenn Deutsche sich in erbärmlichen Intrigen versuchen wollen, sich wenigstens sich enthalten sollen, ihre Absichten so unverhüllt anzukündigen. Es verdirbt das Spiel“.

Dieser Hohn der „Times“ ist nicht unbedeutend. Um auch gegen Lench gerecht zu sein, sei gleich bemerkt, daß die „Times“ aus seinem Artikel nur die Stellen herausgegriffen hat, die ihr für ihren Zweck passen und sie nicht immer ganz richtig übersetzt. So läßt sie Lench einmal von einem „deutschen Plan“ sprechen, wo es bei diesem nur deutsches Interesse heißt. Aber das sind Nebenfragen gegenüber dem Umstand, daß in der Tat das Eintreten von Deutschen für den Verständigungsfrieden kaum ärger kompromittiert werden kann, als es durch den Lenchschen Artikel geschehen ist. Es ist kaum glaublich, daß jemand im Ernst sich einbilden kann, für einen bestimmten Vertrag zu wirken, wenn er in die Welt hinausdreht: kommt dieser Vertrag zustande, so werden meine Teilhaber und ich die andere Seite mit mathematischer Sicherheit über den Wüffel barbiert haben. Wirkamer könnte das Zustandekommen eines Verständigungsfriedens nicht hintertrieben werden, als durch solche Art seiner Empfehlung. Nun tut man freilich Lench kaum Unrecht mit der Annahme, daß ihm an diesem Zustandekommen in Wirklichkeit herzlich wenig liegt. Er will ja nur beweisen, daß Deutschland sich den Luxus des Eintretens für den Verständigungsfrieden ruhig leisten könne, da es, selbst wenn man es beim Wort nimmt, dabei nur gewinnen kann. Von einer wirklichen Erwärmung für den Frieden ist in seinem Artikel nichts zu entdecken. Und weil ihm, wie allen, die sich für große Staatsmänner halten, am Schein mehr liegt als an der Sache, passiert ihm das Pech, daß er, der aussoß, nachzuweisen, daß die Alldeutschen Frieden ins Zeug legen, von den erbittertesten englischen Gegnern dieses Friedens als Kronzeuge dafür zitiert wird, daß er „nichts als ein deutscher Schwindel“ sei, und das ironische Lob von deren Organ, der „Times“, für seine „Offenherzigkeit, Klarheit und lichtvolle Kennzeichnung der Tatsachen“ einerntet.

Dahin aber kommt man, wenn man in der Halle der Demokraten eine auswärtige Politik betreibt, die, statt auf Bekämpfung aller Imperialisten auszugehen, nur den einen Imperialismus durch einen anderen ersetzen will und dadurch mit Notwendigkeit bei der Zerstörung der Grundbedingungen jeder echten demokratischen Regelung der Völkerbeziehungen enden mußte. Die „Times“ betreibt Falschspiel, wenn sie Paul Lench als einen vernünftigen Dolmetscher der ganzen Bewegung hinstellt, die in Deutschland für den Verständigungsfrieden eintritt.

gungsfrieden eintritt wird. Es mögen unter seinen Verehrern Leute sein, die ähnlich denken wie Lench. Wir haben selbst darauf hingewiesen und können nicht weit genug von ihnen abrücken. In den Massen herrschen andere Gedanken vor. Sie würden sich höchlich dafür bedanken, daß man Lench als den Interpreten ihrer Absichten gelten läßt. Nur ein Verdienst soll ihm nicht bestritten werden. Wider Willen hat er den Beweis geliefert, daß nur diejenigen wahrhaft berufen sind, für den Verständigungsfrieden zu wirken, die ihn auf der Grundlage jener Internationalität erstreben, der er den Rücken gekehrt hat.

Im übrigen hat die jubelnde Aufnahme dieses in der „Glocke“ erschienenen Artikels noch eine Anwendung, die nicht übersehen werden soll. Ist es doch neuerdings wiederholt geschehen, daß von jener Seite aus den Sozialisten, die an der alten internationalen Politik der Sozialdemokratie festhalten, denunziatorisch nachgesagt wurde, sie leisteten „Arbeit für das Ausland“. Es wird aber schwer halten, sich auch nur in der Vorstellung einen Artikel eines international gesinnten Sozialisten zu konstruieren, der so wirkungsvoll Arbeit für das deutschfeindliche Ausland leistete, wie das vorliegende Erzeugnis der „nationalen Staatskunst“ von Paul Lench.

Die tüchtigsten Helfer der Hege von dräben sind noch stets die Hege von hüten gewesen.

### Nach Holland auch Schweden.

Das Beispiel der holländischen Genossen, die so eifrig Abonnenten für eine neue Zeitschrift Kautskys sammeln, macht Schule. Im Stockholmer „Socialdemokraten“ finden wir folgenden kurzen Aufruf:

Durch Karl Kautskys Entfernung von der Redaktion der „Neuen Zeit“ verlor der erste jetzt lebende Theoretiker des Sozialismus das Sprachrohr, das so unaufsätzlich mit seinem Namen verknüpft war. Für alle diejenigen, die Karl Kautsky die Möglichkeit bereiten wollen, fortzusetzen, was er stets der sozialistischen Welt mit seiner aufweckenden und befruchtenden Kritik gab, soll es nun eine Angelegenheit sein, ihm zu einem neuen Organ zu verhelfen, in dem er sein bedeutendes wissenschaftliches Werk fortführen kann. In diesem Gefühl haben auch Sozialdemokraten in verschiedenen Ländern begonnen, Anstalten zu treffen und Schritte zu tun, um ein ähnliches neues Unternehmen sicher zu stellen. Es ging dabei in erster Linie darum, so viel Abonnenten als möglich für die neue Zeitschrift sicher zu stellen. Da es unsere Ueberzeugung ist, daß auch zahlreiche schwedische Sozialdemokraten, die wissen, daß sie in Dankeschuld zu Karl Kautsky stehen, gern die Entstehung einer neuen Zeitschrift unter seiner erprobten Leitung erleichtern wollen, wenden wir uns hiermit an diese mit einem warmen Appell, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, unter der Voraussetzung eines für sie annehmbaren Abonnementpreises sich als Abonnenten einzuzurechnen. Anmeldungen hierzu müssen schnellstens an Sven Backlund, Adresse Socialdemokraten Stockholm, eingekandt werden.

Der Aufruf ist datiert vom 6. November und unterzeichnet von folgenden Genossen: Richard Sandbar, C. A. Carlsson, Arthur Engberg, Sven Backlund, Ernst Wigforss.

### Die Regierungssozialisten und ihre Geldgeber!

Daß die Sozialimperialisten mit ihrer Politik nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, sondern die Geschäfte der Bürgerlichen besorgen, dafür legen

ihre Handlungen täglich erneutes Zeugnis ab. Nunmehr sind die Herren Regierungssozialisten auch dabei, sich vom Bürgertum finanzielle Unterstützung zu erbetteln. Wie man bei dieser Schnorrerei operiert, was dafür herhalten muß usw., das zeigt uns ein gedrucktes Zirkular, das kürzlich vom Orts- und Bezirkssekretariat der Regierungssozialisten in Frankfurt a. M. an eine größere Anzahl Angehöriger anderer Parteien, Unternehmer usw. verichtet wurde und wie folgt lautet:

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

Sekretariat:  
Auerheiligenstr. 51, II.  
Frankfurt a. M., Datum des Poststempels.  
Herrn . . . . . Hier.

Sehr geehrter Herr!

Den unermüdllichen Bemühungen der sozialdemokratischen Partei ist es glücklich gelungen, eine geschlossene Mehrheit im Reichstage für einen Verständigungsfrieden zustande zu bringen.

Ihr eifriges weiteres Bestreben auf diesem Gebiete hat insoweit Erfolg gehabt, daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Staaten zu einer Konferenz in Stockholm zusammenkommen. So haben die seit Herbst 1914 begonnenen Bemühungen einen, wenn auch nur kleinen Erfolg zu verzeichnen und müssen deshalb fortgesetzt werden.

Da die Friedensfrage für Deutschland eine Existenzfrage ist, so hat sie für alle Volksschichten eine große Bedeutung. Sie zu einem guten Abschluß zu bringen, liegt deshalb im allgemeinen Interesse.

Die sozialdemokratische Partei hat ein Memorandum beschlossen, das sie bei den Friedensverhandlungen in Stockholm vertreten wird.

Da zu befürchten ist, daß die Entente-Regierungen ihren Völkern dieses Friedensdokument vorenthalten werden, hat der Parteivorstand unter anderem beschlossen, dieses Schriftstück in großer Anzahl und in allen Sprachen, also nicht nur in der der kriegsführenden Länder, sondern auch für die neutralen Staaten drucken und verbreiten zu lassen.

Die Ausführung dieses Beschlusses kostet natürlich mehrere hunderttausend Mark und es ist ganz selbstverständlich, daß wir für die Durchführung dieser Sache alle Friedensfreunde gewinnen möchten und um deren finanzielle Unterstützung bitten müssen.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei rekrutieren sich in ihrer Mehrheit aus den minderbemittelten Bevölkerungsschichten und zudem sind noch zirka 80 bis 70 Proz. zum Militärdienst eingezogen, so ist die Partei als solche nicht in der Lage, diese Lasten allein zu tragen.

Wir hoffen, auch bei Ihnen Verständnis für diese Sache zu finden und auf Ihre gütige Unterstützung rechnen zu dürfen. Wir erlauben uns, Ihnen eine Bahikarte auf unser Postfachkonto beizulegen und bitten, von derselben Gebrauch zu machen. Wir bitten, dieses Schreiben vertraulich zu behandeln.

### Geistiges Leben an der Front.

Daß in diesem Kriege die Russen nicht schweigen, sondern im Gegenteil sehr gut gedeihen und laut reden, bedarf nach mehr denn dreijähriger Erfahrung keiner besonderen Begründung mehr. Erklärlich ist diese Erscheinung in Anbetracht des hochentwickelten Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnisses bis in die breitesten Volksschichten. Es bleibt nur übrig zu fragen, welcher Art diese Russen sind, die unter dem Donner der Kanonen, dem Hagel von Feuer und Eisen bis in die vordersten Linien flattern.

Das große Bedürfnis des Soldaten nach Lektüre, das heißt geistiger Nahrung, offenbarte sich bereits in den ersten Kriegsmomenten. Neben dem angegebenen Grunde trägt der moderne Krieg mit seinen ungeheuren Anforderungen an den Einzelnen selbst hierzu bei, indem er des Menschen Geist und Seele bis zum Zerreißen anspannt. In der Lektüre eines Buches findet dieser gefährliche Stoff oft seine gesunde Entladung.

In der ersten Kriegszeit wollten auch Leute, die über weitreichende Verbindungen verfügten, feststellen haben, daß Goethes Faust und das Neue Testament die meistbegehrtesten Bücher seien. Diese Behauptung beruht ohne Zweifel auf Verallgemeinerung von Einzelerfahrungen in bestimmten Kreisen, namentlich den akademischen. Die Masse der Soldaten zeigt ein ganz anderes geistiges Spiegelbild. Wer in den Jahren des Friedens dem Faust und das Neue Testament kaum vom Hörensagen kannte, der wird und kann auch nicht unter dem Druck des Krieges eine unstillbare Sehnsucht danach geäußert haben. Wenn diese Behauptung irgendwelche Beweiskraft hat, so nur die gewollte Einseitigkeit und Tendenz. Leider ist heute eine klare und erschöpfende Darstellung der Frage aus den verschiedensten Gründen noch nicht möglich. Aber eine kurze Erörterung der alltäglichen Haupterscheinungen ergibt doch ein Bild voll der schärfsten Kontraste.

Sobald der Krieg seine feste Bodenständigkeit erlangt hatte, geregelte Verbindungen zwischen der Front und dem Hinter- und Heimatlande hergestellt waren, ergoß sich in das Kriegsgebiet der Geist der Nation, zeigte das geistige Leben alsbald dieselbe Ueberbung und Differenzierung, wie sie entsprechend der gesell-

schaftlichen Struktur im Lande vorherrscht, mit der Veränderung, daß das oppositionelle Element so gut wie ganz fehlt. Jeder Kriegsteilnehmer ließ sich ins Feld tunlichst das Organ schicken, das schon immer seinen privaten Interessen und Neigungen entsprach und wenns hoch kam, diejenigen Bücher, deren Inhalt und Form sein Können und Denken bewegt.

Mit der weiteren Dauer und Festigung des Krieges wurden Einrichtungen geschaffen, die infolge ihres machtvollen Einflusses auf die Mehrzahl der Soldaten von größter Tragweite sind. Da wären zunächst die in allen Armeebereichen erscheinenden Kriegszeitungen zu erwähnen. Ihre Aufgabe ist es nicht, dem Soldaten die Tageszeitung zu ersetzen, sondern sie will den Soldaten unzer trennlich mit dem Heeresverbande verbinden. Wie weit dies Ziel erreichbar ist, läßt sich heute auch nicht andeutungsweise aussprechen; erste Voraussetzung ist immer, daß der Einzelne dem Inhalt der Zeitung empfänglich ist. Interesse und Ueberzeugung entgegenbringt. So weit dieser Inhalt sich lediglich mit gemeinsamen Kriegserlebnissen erhebt oder heiterer Natur beschäftigt, ist die Harmonie des Denkens noch am ehesten gesichert; aber sobald die hohe Politik in Frage kommt, hört die Einmütigkeit auf. Neben der Tageszeitung spielt die Kriegszeitung trotz aller Bemühungen doch nur eine bescheidene Rolle. Die große bürgerliche Tageszeitung ist ein Artikel des Massenkonsums im wahren Sinne des Wortes. Die Nachfrage ist groß, das wachsende Bedürfnis ist kaum zu befriedigen. Diese Tatsache wird gleichfalls nur in der Gesamtheit des Krieges verständlich. Der Soldat verfolgt mit höchstem Interesse den täglichen internationalen Stimmenchorus über Krieg und Frieden und Weltpolitik; täglich greift er nach dem neuesten Zeitungsblatt, forscht nach begründeten Anhaltspunkten für seine Träume und Hoffnungen; indes am Ende der Lektüre ist er in der Regel schwer enttäuscht und mit der Verwünschung: „Alles Schwindel!“ gibt er das Blatt dem nächsten Kameraden. Aber am folgenden Tage greift er wieder voll Verlangen und Begierde nach dem Blatt im Großformat — mit demselben Resultat. Die „Rheinische Zeitung“ und „Rheinische Volkszeitung“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und „Deutsche Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ usw. machen trotzdem ein gutes Geschäft.

Nun zum Buchhandel, über dessen Wirksamkeit

bisher nicht viel erfreuliches berichtet worden ist. Kommt man heute in die Steppe, bis hart an das Frontgebiet, so findet man in jedem Dörflein einen stattlichen Buch- und Zeitungsladen, dessen reicher Vorrat schier unerschöpflich ist. Die Berleger und Buchhändler, deren Geschäft in der Heimat durch den anhaltenden Abzug der Millionen Männer stark beeinträchtigt ist, halten sich reichlich schadlos; durch den Krieg sind sie jedenfalls in die glückliche Lage gekommen, ihre riesigen Altbestände abzusetzen. Namentlich in der ersten Kriegszeit trat unverhüllt das Strebenutage, tunlichst schnell die verstaubten Ladenhüter loszuschlagen. Der Durchschnittsmensch kann wohl jede Ware nach ihrem Gebrauchs- und Tauschwert beurteilen, nur die literarische Ware nicht nach ihrem intellektuellen und materiellen Wert. So ist es leider möglich, daß Bücher zu Originalpreisen abgesetzt werden, deren literarischer Wert von vornherein zweifelhaft und längst überholt ist, die ihrem schätzbaren Gewand nach in die antiquarische Masse gehören. Aber wie alle Händler den Krieg vorwiegend als Geschäft betrachten, so auch die Buchhändler und Berleger. Die Kritik hat an diesem läßlichen Zustande manches gebessert, doch die Wurzeln des Übels bestehen fort und somit sind Mißstände unvermeidlich.

Werfen wir einen prüfenden Blick in einen derartigen Buchladen. Da werden heute noch Romane fern feilgeboten, die als Schundliteratur bekannt sind; die endlosen Massenprodukte des berühmten Verlags für Kunst und Literatur, des Allgemeinen Romanverlags, die Kometbücher, die buntscheckigen, in allen Farben schreienden Touristenbücher mit ihrem öden Witz und Tratsch u. a.; das sind die literarischen Produkte, die auf geistigen Betrug ausgehen, an deren Nutznießern jede Kritik abbrakt. Als Uebergangsstufe möchten wir die Ullstein-Bücher bezeichnen, die den Kriegsbüchermarkt gleich einer Sturzflut überschwemmen. Literarische Durchschnittsware, die in ihrer Art den bürgerlichen Durchschnitt so überaus glücklich trifft, daß daran nichts zu tadeln übrig bleibt. Diese Bücher gleichen sich in ihrem innersten Wesen wie ein Ei dem andern. Die falsche Sentimentalität, doppelte Moral, gemachte Weisheit treten uns immer in neuer Aufmachung entgegen. Ein erfreulicheres Bild bieten schon die Roman- und Novellenbände des Verlags E. Fischer; aber leider ist die für das Feld getroffene Auswahl auch nicht so einwandfrei, wie sie

In der Voraussetzung, daß Sie unsere Bestrebungen unterstützen, zeichnen  
Hochachtungsvoll

gez. Heinrich Wittich.

Wie weit die Abhängigen gekommen sind, zeigt dies „Massive Dokument“. Darin wird zunächst hervorgehoben, daß den Regierungssozialisten das Zustandekommen des Mehrheitsblocks im Reichstag zu verdanken sei. Ihr Verdienst sei auch die Stockholmer Konferenz. (Wie in Wirklichkeit die grundsätzliche Politik der Regierungssozialisten den internationalen Sozialismus und das Zusammenwirken des Proletariats getroffen, davon schweigt des Sängers Hölzlheit.) Nun aber die Hauptsache: In Stockholm wollen die Abhängigen nicht nur ein Memorandum vertreten — und was für eins —, sondern dasselbe soll auch in großer Zahl und in allen Sprachen, sowohl in den kriegsführenden Ländern wie denen der Neutralen, verbreitet werden. Bürgerium, Schau, was Scheidemann und seine Geister für großzügige Strategen sind. Da kann es der gemeinsamen Sache nicht fehlen, wenn . . . ja, nun kommt der Kernpunkt: wenn ihr recht tief in den Beutel greift, uns auch finanziell unterstützt, wie wir eure politischen Geschäfte besorgen. Drum schickt Moneten.

Eine „angenehme“ Aussicht für die Arbeiterklasse anderer Länder, mit dem Memorandum der deutschen Regierungssozialisten überschwemmt zu werden, das bezahlt wird von Unternehmern und anderen Angehörigen bürgerlicher Parteien, bei denen das Geld zusammengeknorrt wurde.

Die Herren Wittich, Quark und Genossen haben in Frankfurt a. M. ja eine weitgehende Praxis auf dem Gebiet solcher Geldknorren. Es war im ersten Kriegsjahr, als von denselben Herren mit großem Tamtam eine Weihnachtsbescherung für die Kinder von Kriegsteilnehmern inszeniert wurde. Woher der wesentliche Teil des Geldes stammte, wurde selbst im engeren Parteikörper nicht verraten. Doch nachher stellte sich heraus — diverse Arbeitgeber hatten es bei „passender Gelegenheit“ ihren Arbeiterauschüssen unter die Nase gehalten —, daß die Gelder in der Hauptsache vom Unternehmertum zusammengebetzelt waren, unter ihnen die schlimmsten Scharfmacher, die in der Sichtung von Geldern, Unterdrückung der Gewerkschaften usw. bisher ihr Möglichstes geleistet. Dagegen häumte sich damals denn doch das gesunde Empfinden der Arbeiter mit elementarer Gewalt auf und in der folgenden Parteiversammlung kamen die Herren Geldknorren verflucht schlecht weg. Doch seitdem sind bald drei Jahre vergangen. Man hat eine Menge „hinzugelern“. Und diesmal erstreckt sich die Knorrenerei nicht nur auf Frankfurt a. M., sondern die ganze Fassung des Zirkulars besagt, daß es sich um eine „einheitliche Aktion“ fürs Reich handelt, betrifft es doch Pläne, deren Ausführung dem Parteivorstand in Berlin obliegt.

nach den vorhandenen Schätzen sein könnte. — Im alten schlichten Gewand finden wir die große Fülle der Reclamabündchen. In diesem Zusammenhang erwähnen wir die guten „Wiesbadener Volksbücher“, die „Schaffstein-Bändchen“ und den „Schahgräber“. Es sind schlagende Beweise, daß für geringes Geld literarische Ware ersten Ranges geboten werden kann. — Der Verlag H. Langewiesche wartet mit seinen „Blauen Büchern“, die anscheinend fleißig gekauft werden. — Wahrscheinlich herzerweichend wirken die Bändchen des Insel-Verlags; kunstgewerbliche Ausstattung, Papier, Druck stehen auf der alten Höhe. Aber leider finden solche Perlen nicht die verdiente Beachtung, wohingegen der Schund in Massen akkumuliert. — Von der belehrenden Literatur wären die Sammlungen Böschers und Täubners zu nennen, deren Vielseitigkeit immer noch allseitiges Interesse erweckt. Wegen dieser gediegenen Sammlungen vermögen die schnell und tendenziös hergerichteten Kriegsfugschriften sachlich nicht aufzukommen.

Von erheblicher Bedeutung für das geistige Leben an der Front sind die zahlreichen Feldbüchereien. Nach unseren Erfahrungen besitzt mindestens jede Division eine größere Bücherei, oft aber auch das Regiment, Bataillon oder gar die Kompanie. Die Divisionsbüchereien haben in der Regel die gleiche innere Zusammenfassung, sie stehen etwa auf der Höhe der Volksbüchereien in der Heimat: vorwiegend gute und mittlere Unterhaltungsliteratur, von den bedeutendsten Wissensgebieten eine Anzahl populärer Werke. Zum großen Teil sind diese Feldbüchereien aus den Volksbildungsorganisationen hervorgegangen; so hat zum Beispiel die „Vereinschaft für Verbreitung von Volksbildung“ Millionen von Büchern ins Feld geschickt. Demgemäß wird die umfangreiche Tätigkeit bewertet werden müssen. Ganz andere Gebilde sind oft die Bataillons- und Kompanie-Büchereien; nicht selten sind sie aus den Beständen eines einzigen Verlags zusammengestellt, aus lauter Reclam-Bändchen zum Beispiel oder aus Hüllein- und Kronen-Büchern.

Alles in allem ist das geistige Dasein an der Front, gemessen an der Lektüre, das denkbar differenzierteste. Eine erschöpfende Darstellung der Frage wird indessen erst nach dem Kriege möglich sein, wenn das gesamte Material erreichbar ist.

Die Bitte der Abhängigen, den Schnorrerbrief vertraulich zu behandeln, besagt genug. Das kennzeichnet das Ganze. An den Pranger mit solcher Korruption der Regierungssozialisten. Kein denkender Arbeiter kann dieser Gesellschaft länger Gefolgschaft leisten.

### Verschärfte Hilfsdienstpflicht. Neue Bestimmungen.

Der Bundesrat hat mit Zustimmung des vom Reichstage gewählten Ausschusses neue Bestimmungen erlassen, die dazu dienen sollen, die Unterlagen für eine verschärfte Heranziehung zum Hilfsdienst zu schaffen. Die frühere Bundesratsverordnung hatte zahlreiche Ausnahmen zugelassen, um solche Personen, die bereits im Hilfsdienst tätig sind, die Meldung zu ersparen und hierdurch zugleich die mit der Angelegenheit befaßten Behörden zu entlasten. Das hat zur Folge gehabt, daß sich eine große Zahl Meldepflichtiger nicht gemeldet hat. Die neue Verordnung will eine Ergänzung herbeiführen und dabei die Mängel der ersten vermeiden. Sie bestimmt im wesentlichen folgendes:

Auf öffentliche Aufforderung der Ortsbehörden haben sich innerhalb der in der Aufforderung zu bestimmenden Frist bei der darin angegebenen Stelle zu melden:

1. Alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1888 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören oder auf Grund einer Reklamation vom Dienst im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind.

2. Alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. März 1888 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie im Gebiete des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Ausnahmen, wie sie die Verordnung vom 1. März 1917 zugelassen hatte, gesteht also die neue Bundesratsverordnung nicht zu. Grundsätzlich ist die persönliche Meldung angeordnet, jedoch ist allgemeine schriftliche Anmeldung statthaft, sofern die vorgeschriebene Meldeartenordnungsmäßig ausgefüllt und rechtzeitig eingeleitet wird. Die Karten werden von den Anmeldestellen ausgegeben. Wer sich schriftlich meldet, kann von der Ortsbehörde nötigenfalls zur Aufklärung oder Ergänzung seiner Angaben vorgeladen werden. Die gesammelten und, soweit nötig, vervollständigten Meldearten hat, wie bisher, die Ortsbehörde an die Einberufungsausschüsse weiterzugeben.

Neu ist die für jeden Meldepflichtigen (auch für solche, die sich schon nach der früheren Verordnung gemeldet haben) geltende Verpflichtung, auf Aufforderung des Vorsitzenden des Einberufungsausschusses persönlich zu erscheinen, auf Fragen des Vorsitzenden oder seines Vertreters Auskunft zu erteilen und sich einer Untersuchung durch den vom Vorsitzenden bestimmten Arzt zu unterziehen, sofern dies für die Festlegung der körperlichen Eignung des Hilfsdienstpflichtigen für eine bestimmte Arbeit erforderlich ist.

Zur weiteren dauernden Ergänzung der notwendigen Nachweisungen haben sich ferner persönlich bei dem für ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zuständigen Einberufungsausschuss zu melden: 1. alle männlichen Deutschen, die das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die nach Ablauf der von der Ortsbehörde für die allgemeine (neue) Meldung bestimmten Frist aus dem Dienste im Heere oder in der Marine aus anderen Gründen als infolge einer Reklamation ausscheiden; 2. alle im Reichsgebiete wohnhaften männlichen Deutschen und Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach Ablauf der zu 1. bezeichneten Frist das 17. Lebensjahr vollendet; 3. alle männlichen Deutschen und Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, die nach Ablauf derselben Meldefrist ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in das Reichsgebiet verlegen. — Auch hier gilt die Meldepflicht (zu 2 und 3) nicht für die dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörenden Personen.

Während der ganzen Dauer des Bestehens der Verordnung haben die Meldepflichtigen, nachdem sie registriert sind, jedesmal, wenn sie ihre Wohnung wechseln oder aus der Beschäftigung bei einem Arbeitgeber ausscheiden, dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag mitzuteilen, und zwar nicht bei der Ortsbehörde, sondern bei dem Einberufungsausschuss, der für die Wohnung des Meldepflichtigen und im Falle des Wohnungswechsels für die bisherige Wohnung zuständig ist. Dabei ist eine neue Tätigkeit, ein neuer Arbeitgeber, die neue Wohnung sowie eine militärische Einberufung anzugeben. Für Anfallsinsassen haben wieder die Anstaltsleiter die Anzeige zu erstatten.

Die bereits früher vorgesehene Strafen für Nichtbeachtung der erlassenen Bestimmungen sind teilweise wesentlich verschärft worden, damit auch dadurch eine Erhöhung sämtlicher zur Meldung angehaltenen Hilfsdienstpflichtigen erreicht wird.

Diese Verordnung soll ebenso wie die früheren den Zweck haben, eine vollständige Uebersicht über die vorhandenen Hilfsdienstpflichtigen zu erhalten.

### Aus der Bewegung.

Fürstentum, Spree. In der am 15. November stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte zunächst Genosse Barentin, Berlin, über: „Der Krieg und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. In leicht verständlicher Weise schilderte der Referent die hemmende Wirkung auf die Kulturentwicklung der Menschheit durch den gegenwärtigen Krieg. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß es auch Aufgabe des deutschen Proletariats ist, sein Alles einzusetzen, damit endlich der Welt ein Friede gegeben wird, wie ihn unsere russischen Brüder der Welt anbieten. In der Diskussion über den Vortrag wurde diese Schlussfolgerung des Referenten noch besonders unterföhrt durch den Hinweis, daß in erster Linie die U. S. P. verpflichtet ist, an allen Orten, wo irgend die Möglichkeit

besteht, geeignete Veranstaltungen zu treffen, die sich mit der Friedensfrage zu beschäftigen haben. Darauf fand der Antrag des Vorstandes, den Anschlag an Groß-Berlin zu vollziehen, einstimmige Annahme. Bei der Lebensmittelverteilung sind auch in unserem Orte Missetände vorhanden, die beseitigt werden müssen. Deshalb beantragte ein Genosse, Schritte zu unternehmen, um den Einfluß der Arbeiterklasse vor allen Dingen in der städtischen Lebensmittellkommission zu erhöhen. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Genossen an. Sie hofft, daß durch den Eintritt tüchtiger Genossen in besagte Kommission bestehende Missetände zum Teil beseitigt werden können. Entsprechende Schritte sollen in nächster Zeit unternommen werden. Nachdem der Vorsitzende der Versammlung davon Kenntnis gab, daß der Beschluß der Mitgliederversammlung vom 12. Oktober: im Felde stehende Genossen, wenn sie auch ihren Uebertritt zur U. S. P. noch nicht erklärt haben, auf Kosten des Vereins das Mitteilungsblatt zu übersenden, zur Tat geworden ist, fand die anregende Versammlung ihren Abschluß.

Obige Versammlung war seit Gründung des Ortsvereins (1. September 1917) bereits die dritte Mitgliederversammlung. Jedenfalls ein Zeichen dafür, daß auch in Fürstentum ein Bedürfnis für politische Betätigung im Sinne der U. S. P. vorhanden ist. Viel Freude werden allerdings die Regierungssozialisten bei der Konstatierung dieser Tatsache nicht empfinden. Um so weniger, weil der Wahlkreis Frankfurt-Leubus bisher als Hochburg für sie gelten konnte. Breishe ist in diese Hochburg durch die Gründung unseres Ortsvereins geschlagen. Hoffentlich stürzt bald das ganze Gebäude ein.

Abgeblüht. Im Wahlkreise Kischaffenburg arbeiten seit dem Frühjahr ein halbes Duzend Durchhalter-Angehörige gegen unsere Organisation und machen selbst bei den kleinsten Mitgliederschaften Spaltungsversuche. Daß dabei alle Mittel recht sind, braucht nicht weiter betont zu werden. Vor kurzem hatten sie sich hinter einige Mitglieder der Sektion Stockstadt gestellt und diese aufgefordert, eine Mitgliederversammlung abzuhalten und dazu einen Redner ihrer Couleur zuzulassen. Der Vorstand gab dem Drängen nach und forderte die Regierungssozialisten auf, einen Redner zum 11. November zu bestimmen. Zur festgesetzten Zeit kamen deren gleich zwei, der Landtagsabgeordnete Vogel, Parteisekretär in Nürnberg, und Kassendirektor Bauer, der Leiter der Regierungssozialisten im Kreise. Genosse K a r s t e n war als Redner unserer Partei anwesend. Nachdem dieser eine Stunde gesprochen, kam Vogel zum Korreferat zum Wort. Wer noch glaubte, dieser käme über kurz oder lang zu der U. S. P., wird diesen Glauben fahren lassen müssen. Auf dem parteiamtlichen Material zur Bekämpfung der U. S. P. hatte er seine Ausführungen aufgebaut. Man vermeinte fast, es sei nicht mehr derselbe Vogel, der auf der Landeskongress für Bayern 1916 als alleiniger Redner der Opposition auftrat. Dieses Mal brachte er es nur zu der kleinsten Aeußerung, daß er auch nicht mit allem einverstanden sei, was seine Partei getan habe.

In der Diskussion sprach der Regierungssozialist Bauer. Seine Ausführungen verdrarben ganz, was Vogel nicht selber verdorben hatte. Nach den Schlussworten kam es zur geheimen Abstimmung. Sämtliche 18 Mitglieder waren anwesend, 14 Zettel führten die Bezeichnung „Unabhängige“, 3 die hübsche Bezeichnung „Deutsche Partei“ und ein Zettel war leer. Die Aktion der Regierungssozialisten war also verunglückt.

Ein weiterer Anschlag. Den Anschlag an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands beschloß eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Parteiverbands in K S S i n am 12. November mit 19 gegen 5 Stimmen. Der Ortsverein K S S i n zählte in Friedenszeiten 250 Mitglieder, die jetzt bis auf obigen kleinen Rest zum Heeresdienst eingezogen sind. Der Uebertritt der K S S i n e r Parteigenossen ist insofern von Bedeutung, als sie in dem hinterpommerschen Wahlkreise die stärkste und älteste Parteio rg a n i s a t i o n bildeten.

Abhängige Schwindelmaschinerie in Oberfeld-Barmen. Am Sonntag sprach Abg. Ebert in der Darmener Stadthalle vor etwa 2000 Personen, die sich zur Hälfte aus Anhängern der Unabhängigen Sozialdemokratie, zu einem weiteren Teil aus Bürgerlichen und dem Rest aus Abhängigen rekrutierten. Die Versammlung hatte Eberts Ausführungen mit eifriger Aufmerksamkeit entgegengenommen und erst am Schlusse wurde einiger Beifall laut. Die Arbeiter namentlich konnten bei dieser altbekannten Aufzählung der politischen Großtaten der Scheidemänner wirklich nicht auf ihre Rechnung kommen. Kaum ein einziger wirklich sozialistischer Gedanke war in dem monotonen Gebonnere zu finden, das durch Angriffe auf die Unbedeutenden annehmbarer gemacht werden sollte, ohne auch dadurch besonderen Eindruck zu machen. Die Versammlung blieb kalt. — Die geplante Diskussion des Vortrages hatten sich die abhängigen Verankalter etwas anders gedacht, als sie verlief. Vorschläge des Büros auf 15 Minuten und dann auf 30 Minuten Redezeit wurden gegen wenige Stimmen glatt abgelehnt, und so mußten die Oberflächlichen für den — einzigen — Diskussionsredner, Genossen Vogt h e r r, unbeschränkte Redezeit zulassen. Vogt h e r r charakterisierte die ganze sogenannte Friedenspolitik der Ebert-Scheidemann, die zur Verlängerung des Krieges geführt, aufs schärfste. Er zerstückte das von Ebert mit allen Farben gemalte Bild der mit der Politik des bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheitsblocks anbrechenden Herrlichkeit, — schilderte die Wirkung dieser Politik nach innen und außen, gegenüber den Ansprüchen des deutschen Proletariats und der Internationale und reklamierte für die deutsche Arbeiterklasse eine Politik ohne Verkleinerung und ohne Preisgabe wichtiger Grundzüge. In allen seinen Ausführungen über die Einschätzung der sogenannten Mehrheitspolitik konnte Vogt h e r r das Falsche und

Täuschende nachweisen, womit die Massen geföhrt werden sollen, — und die klare unzweideutige Politik der U. S. P., die wirklich den unverschleierteu Verständigungsfrieden erstrebt, in den Vordergrund stellen. Die höchsten Drohungen Eberts gegen die neue Reichsregierung, falls sie nicht allen Erwartungen entspreche, wurden als so lächerlich hingestellt, wie sie waren.

Nur einer Neukerung Eberts hat Vogtherr zugestimmt: „Mit der Politik des Lavierens und der Zweideutigkeit muß ein Ende gemacht werden.“ Aber Ebert dachte gar nicht daran, dieses forsche Wort auf sich und die Seinen anzuwenden und mußte durch Vogtherr ermahnt werden, in der eigenen Partei mit dieser Milderung zu beginnen.

Die mehr als einstündigen Ausführungen Vogtherr's schloß dieser in eine Resolution zusammen, die die Mehrheitspolitik ablehnte. Die Rede, wiederholt von lebhafter Zustimmung unterbrochen, erntete stürmischen Beifall der Mehrheit der Versammlung. Ebert suchte dann im Schlußwort durch demagogische Entstellungen und persönliche, zum Teil unwahre Verunglimpfung einzelner unabhängiger Abgeordneter usw. zu retten, was zu retten war. Doch nein: der eigentliche Retter in der Not war der Vorsitzende. Er brachte zunächst eine vom Büro eingebrachte Resolution zur Abstimmung. Ihr stimmte etwa ein Drittel der Versammlung zu, und ohne auch nur eine Sekunde Zeit zu lassen, das Resultat der angestellten Gegenprobe festzustellen, erklärte der Vorsitzende — Arbeitersekretär Drüner — die Resolution für angenommen. Dieses skrupellose Verfahren konnte natürlich nur einen Scheinwettbewerb nach außen schaffen. Der geradezu elementare empörte Protest der Versammlung gegen dieses Vorgehen wurde sogar von Anhängern Eberts hinterher in drastischen Worten verurteilt. Auch mit solchen Mitteln ist die abhängige Herrlichkeit in Elberfeld-Barmen nicht zu retten.

Ein ganz gleiches Verfahren ist übrigens am Vormittag desselben Tages in Solingen geübt worden, wo Vogtherr vor etwa 600 Personen dem Vertreter des nicht erschienenen Abg. Ebert und einem Aldeutschen entgegengetreten war.

Der „Vorwärts“ ist über die Vorgänge in Elberfeld noch in derselben Nacht von dort aus telegraphisch in folgender Weise angelogen worden, wie es die Montagausgabe des „Vorwärts“ verkündet. Da heißt es von Vogtherr nur:

„In der Hauptsache aber konnte auch er — abgesehen von den üblichen Ausfällen — die Gedankengänge unseres Redners wiederholen.“

Hiermit vergleiche man die obige Schilderung der wirklichen Vorgänge. Aber zur höheren Ehre Eberts und der Scheidemänner darfs auf einen wohlangelegten Schwindel dieser Art nicht ankommen. Und wer nichts anderes lieft, der glaubts vielleicht, vielleicht auch nicht. Aber die Elberfelder werden lachen, was Herrn Ebert minder erfreulich sein dürfte.

Genosse Westmeyer-Stuttgart ist am Mittwoch voriger Woche gestorben. Westmeyer hat stets fest und treu auf dem linken Flügel der Partei gestanden und hat seine Ueberzeugung unerschrocken vertreten. Er nahm dabei keine Rücksicht auf irgendwelche Nachteile, die ihm tatsächlich erwuchsen. Eine infame Bekämpfung niedrigster persönlicher Art wurde von den Fischer, Watner, Keil, Heymann und Konforten gegen ihn in Szene gesetzt, um den unbedeutenden Gegner zur Strecke zu bringen. Westmeyer hielt fest an seiner Sache, trotzdem die Regierungssozialisten ihn überall unmöglich zu machen suchten. Um so fester standen die Stuttgarter Arbeiter auf seiner Seite. Schon immer fränklich, zermürbte ihn der schmutzige innere Kampf der Anagenossen. Westmeyer ist nur 44 Jahre alt geworden. Sein Andenken wird von den Genossen, für die er wirkte, in Ehren gehalten werden.

## Groß-Berliner Chronik.

Der Schneeschipperlaß des Oberkommandos beschäftigte am 15. November die Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Drei dringliche Anträge lagen vor. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion eruchte den Magistrat, auf die Aufhebung des Erlasses hinzuwirken, während die Abhängigen den Vorschlag machten, Kriegsgefangene heranzuziehen. Eine bürgerliche Gruppe wünschte, der Magistrat sollte auf Milderungen von Härten bedacht sein. Im einzelnen zeigten die verschiedenen Redner die Unausführbarkeit der neuen Verordnung. Das Ziel sei erstrebenswert, das der Erlaß erreichen wollte, aber so wie verordnet, werde dem Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter eine große Last in die Hand gegeben, die zur Willkür und Schikane führen müsse. Unser Redner, Genosse Leid, betonte, daß die Heranziehung der zivilen Bevölkerung zu einzelnen Tätigkeitsgebieten durch das Kriegsrecht über den Diszidiensdienst gesetzliche Regelung erfahren habe. Daneben noch neue Bestimmungen zu schaffen, welche die Einwohnerzahl Groß-Berlins militarisieren, dazu halte er das Oberkommando nicht für befugt, wenn auch mit Kriegsausbruch die vollziehende Gewalt auf die Militärbehörden übergegangen sei. Schon deshalb müsse der Magistrat auf Aufhebung der Verordnung hinwirken und diese im Weg der Beschwerde an den Obermilitärbefehlshaber zu erreichen suchen. Im übrigen beweiße die Verordnung, daß sie auf die tatsächlichen Verhältnisse nicht die geringste Rücksicht nehme. Am härtesten würde die erwerbstätige Bevölkerung getroffen. Dieser Teil der Bevölkerung müsse früh zur Arbeit, komme spät von schwerer Arbeit und schlechter Ernährung müde und matt nach Hause und sei außerstande, noch Schnee zu schippen. Dann aber falle nicht gerade dann Schnee, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen gerade zu Hause sind. Sollen sie dann ihre Arbeit unterbrechen und nach Hause eilen, wenn Schneefall eintritt? Abänderungen der Verordnung können da nicht helfen, sie müsse

grundsätzlich aufgehoben werden. Sache der städtischen Straßenreinigung sei es, den Fahrdamm von Schnee und Eis zu reinigen. Könne sie diese Aufgabe nicht allein erfüllen, möge sie sich selber um Hilfe an die militärischen Behörden wenden, wo doch im Vorjahre solche auch geleistet worden sei. Im Zeichen der Neuorientierung müte es eigenartig an, einfach so von oben herab in die städtische Selbstverwaltung einzugreifen und zu diktiert.

Andere Redner schilderten die Wirkung der Verordnung im einzelnen. Es gibt eine ganze Anzahl Häuser, in denen nur ein oder zwei Mieter wohnen, manche Straßenteile seien ungebaut. Nach der Verordnung mühte beispielsweise der Reichskanzler den halben Wilhelmplatz von Schnee befreien.

Bürgermeister Reike meinte, so tragisch sei die Sache nicht zu nehmen. Man rechne in erster Linie mit der freiwilligen Hilfeleistung. Erst, wenn diese versage, trete der Zwang ein. Wer sich weigere, könne der Polizei angezeigt werden. Dann aber kämen doch nur eine Anzahl Tage in Frage, an denen Schneefall eintrete. Im übrigen habe das Oberkommando die beste Absicht und es habe sich Berlin gegenüber immer besonders entgegenkommend gezeigt. Wenn die Stadtverordneten beschließen, würde der Magistrat mit dem Oberkommando in Verhandlungen treten.

Herr Cassel empfahl, eventuell Schneeferien einzutreten zu lassen und den Kindern der oberen Klassen „Unterricht“ im Schneeschippen zu erteilen.

Bruno von den Abhängigen meinte, man solle Kriegsgefangene zum Schneeschippen verwenden.

Genosse Leid wandte sich entschieden gegen die Ausführungen des Bürgermeisters. Seine Freunde hätten vom Entgegenkommen des Oberkommandos nichts bemerkt. Im Gegenteil würden weite Kreise der Berliner Einwohnerschaft politisch in der unerhörtesten Weise gezwiebelt und ausnahmsgezielt behandelt. Dagegen erhebe er entschiedenen Einspruch. Kriegsgefangene heranzuziehen, wie das von Bruno und seinen Freunden vorgeschlagen werde, sei unzumutbar, da es halbe Tage dauere, ehe sie an Ort und Stelle wären. Und mit den Schneeferien, wie Herr Cassel vorgeschlagen, sei es auch so eine Sache, weil viele Kinder über kein ordentliches Schuhwerk verfügten und die Kinder sich sehr leicht Krankheiten zuziehen könnten.

Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, der Magistrat soll mit dem Oberkommando in Verhandlung treten, um eine andere Regelung der Sache herbeizuführen.

Der Erlaß hat in allen Teilen der Berliner Bevölkerung lebhafteste Erregung ausgelöst und an so mancher Stelle die Milch frommer Denkart in gährenden Drachengift verwandelt. Einen hohen Grad von Schuld tragen auch die städtischen Behörden, die vor dem Erlaß gehört worden sein sollen und unterlassen haben, sofort dem Oberkommando gegenüber ihre Bedenken geltend zu machen. Jetzt heißt es, daß eine Milderung der Verordnung erfolgen soll.

Mit dem Schneeschipperlaß des Oberkommandos beschäftigte sich auch die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung. Die Sozialdemokraten hatten den Magistrat ersucht, bei dem Oberkommando in den Marken dahin zu wirken, daß der Schneeschipperlaß aufgehoben werde oder in anderer Weise zur Ausführung gelange. Ferner wurde der Magistrat ersucht, bei dem Oberkommando dahin vorstellig zu werden, daß den Schneeschippern warme Kleidung, Schuhzeug, warme Speisung und Brot aus den Vorräten der Militärbehörde zur Verfügung gestellt sowie die Höhe des Barlohnes für geleistete Tätigkeit festgesetzt und angeben wird, wo der Betrag in Empfang genommen werden kann.

Nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes“ über die Sitzung hat der sozialdemokratische Stadtrat Mollenbuh erklärt, daß der Magistrat leider nicht in der Lage sei, die Aufhebung zu beantragen, wenn er nicht einen Vorschlag mache, wie der Zweck der Verordnung erreicht werden würde. Man müsse sich klar machen: Entweder müßten die Straßen transportfrei gemacht werden, oder man müsse auf die Zufuhr von Feuerung und Lebensmitteln verzichten. So ohne weiteres könne man über die Frage nicht hinweggehen. Die Verpflichtung zum Reinigen träte nur ein, wenn in dem betreffenden Hause kein Freiwilliger sich gemeldet habe. So groß sei die Fläche gar nicht, die zu reinigen sei. Der Bürgersteig würde sowieso vom Portier gesegt.

Stadtverordneter Schiller (Vid. Fr.) erwähnte, daß bei den Beratungen der Verordnung im Oberkommando Vertreter sämtlicher Groß-Berliner Gemeinden zugegen waren. Vom Oberkommando wurde ausdrücklich erklärt, daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, die mit absoluter Sicherheit den Schnee von den Straßen schaffen. Militär und Gefangene zu stellen habe das Oberkommando abgelehnt. Wenn in der Bürgererschaft der gute Wille vorhanden sei, könne man den Schnee sehr gut beseitigen. So wenig Kleidung habe wohl kaum jemand, daß er deshalb nicht schlippen könne. Die liberale Fraktion schlug vor, in jedem Hause einen Vertrauensmann zu wählen, dem die Rechte gegeben würden, die das Oberkommando den Hauswirten und Bewaltern übertragen habe. Die Versammlung war mit diesen Ausführungen einverstanden und sprach sich dahin aus, daß die in der Verordnung enthaltenen Härten gemildert werden müßten.

Lauter die Antwort des Herrn Mollenbuh so, wie hier wiedergegeben, so hat dieser Mann nicht viel anders geredet wie Herr Bürgermeister Reike in Berlin. Anstatt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Eingriff in die städtische Selbstverwaltung zu wenden, verteidigte er den von militärischer Seite ergangenen Erlaß. Eine recht sonderbare Vertretung der Interessen der Bürgererschaft, insbesondere der erwerbstätigen Bevölkerung. Undurchführbar ist doch der Erlaß, das scheint man jetzt auch im Oberkommando einzusehen und man muß eigentlich den Ver-

tretern der Gemeinden, die vor Herausgabe des Erlasses gehört worden sind, den schwersten Vorwurf machen, daß sie nicht gleich auf die Undurchführbarkeit hingewiesen haben. Die Arbeiter werden sich die Worte des Herrn Mollenbuh merken müssen, er ist ja auch Mitglied des Parteivorstandes in der Lindenstraße 8.

Die Stadtverordnetenwahl in Schöneberg, die am Sonntag, den 18. November, vorzunehmen war, hat mit einem eigenartigen Ergebnis geendigt. Es war ein Hausbesitzer zu wählen und für unsere Genossen ist es nicht leicht, Hausbesitzerkandidaten zu beschaffen. Sie sahen in der Mitgliederliste nach und fanden ein beim Wahlverein der unabhängigen Partei eingeschriebenes Mitglied namens Kugler. Kugler wurde befragt, ob er das Mandat annehme. Er erklärte sich zunächst auch bereit, aber am andern Tage teilte er mit, daß er ablehne, er wolle sich nicht zum Mittelpunkt eines Wahlkampfes machen. Unsere Genossen machten sich hierauf auf die Suche nach einem anderen Genossen, der den Ansprüchen eines Hausbesitzerkandidaten entsprach. Wie groß war aber ihr Erstaunen, als sie hörten, daß die Abhängigen Kugler als ihren Kandidaten auf den Schild erhoben. Bei der Wahl am Sonntag erhielt Kugler 63 Stimmen, Genosse Schmidt, der noch in letzter Stunde von unseren Genossen aufgestellt worden war, 42 Stimmen. Der „Vorwärts“ macht aus diesem Wahlergebnis einen „Bombenerfolg“, errungen in der Domäne der Abhängigen im Kreise Niederbarnim, der Hochburg der Unabhängigen. Lassen wir ihnen die Freude. Wenn wir wieder ungehindert für unsere Sache wirken können, pfeift es aus einem anderen Loch. Bis dahin mögen die Abhängigen sich ihres Scheinerfolgs freuen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission beruft zu Montag mehrere Versammlungen ein, die sich mit allgemeinen Fragen beschäftigen sollen. Unsere Genossen mögen diesen Veranstaltungen Beachtung schenken.

Die Ernährungskommission des Berliner Metallarbeiterverbandes hat an die Berliner Stadtverordneten-Versammlung ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Angriffe ehrverletzender Art, die ein Stadtverordneter sich erlaubt habe, entschieden Einspruch erhoben wird und einzelne Behauptungen auf ungenügende Information zurückgeführt werden. Herr Cohen, der das Schriftstück unterzeichnet hat, weiß anscheinend nicht mehr, daß er selber den Gewerkschaftsvorständen gegenüber Klage geführt hat, daß man ihnen gegebene Versprechungen nicht eingehalten habe. Und das hat Genosse Eichhorn feigenagelt. Seine Ansicht über den Einfluß der Kommission und darüber, ob dieselbe das Vertrauen der Berliner Metallarbeiter habe, ist seine Sache und kann durch ein Schreiben Cohens nicht berichtigt werden.

Mit der Brotherstellung scheint es wieder zu hapern. Die Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend gibt öffentlich bekannt, daß ihr nicht genügend Kohlen geliefert worden sind, um den Bedarf an Brot zu befriedigen. Uebrigens ist eine schärfere Kontrolle der abzuliefernden Qualitäten angeordnet, um zu verhindern, daß von Einzelnen mehr Brot entnommen wird, als ihm zugebilligt ist. Es dürfte wieder eine Jagd nach Brot anheben.

Eine Ausstellung von Arbeiten Kriegsverletzter hat die Stadt Berlin in den Räumen der 5. städtischen Fortbildungsschule in der Vangelstraße veranstaltet. Die Ausstellung will zeigen, in welcher Weise die Kriegsverletzten beraten werden und wie sie zu bestimmten Berufen herangebildet werden.

Schulunterricht in der Säuglingspflege. Die Berliner städtische Schuldeputation hat beschlossen, Belehrungen über die zweckmäßige Ernährung und Pflege des Säuglings in den Lehrplan der Oberklasse der Gemeindevorschule aufzunehmen. Diese Belehrungen sollen bei dem Unterricht in der Naturkunde erfolgen und von entsprechend vorgebildeten Lehrerinnen erteilt werden. In fünf Säuglingsfürsorgeanstalten erhalten gegenwärtig 114 Lehrerinnen die erforderliche Ausbildung von mehreren Kinderärzten.

Kommunale Uebergangswirtschaft. Die Unabhängigen Sozialdemokraten der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben durch Stadtverordneten Barthelmann folgenden Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet: „Wir beantragen, den Magistrat zu ersuchen, eine gemischte Deputation einzusetzen, die die kommunale Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden vorbereiten soll.“ Ferner hat die unabhängige sozialdemokratische Fraktion beantragt, es sei dahin zu wirken, daß das Berliner Wohnungsamt sofort seine Arbeit wieder aufnimmt.

Gegen jedwede weitere Einschränkung des Verkehrs auf den Straßenbahnen und der Untergrundbahn hat sich die letzte Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochen.

Die Eröffnung der Badeanstalten wurde in gleicher Sitzung im Interesse der öffentlichen Gesundheit gefordert.

Die Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg, über die wir in der letzten Nummer berichteten, haben an dem Bestande unserer Leute im Rathaus nichts geändert. Genosse Eduard Vernsteins Mandat läuft noch vier Jahre.

Ermordet aufgefunden wurde in der Courbierstraße eine 27 Jahre alte Frauensperson, die der Prostitution ergeben gewesen sein soll. Sie ist von einem Liebhaber erstochen worden.

Redaktionschluß: Jeden Dienstag Abend.

Berantw. Redakteur: G. Leid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.